Nr. 525. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 3,— Mk., monatl. 1,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,25 Mk., für das übrige Ausland 10,25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8,25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kompareillezeile kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 14. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54.

Kein Zuzug ins Baltikum.

Die Reichsregierung hat sich in ihrer Sitzung am Montag mit der neuen Note der Entente wegen der Räumung des Baltikums beschäftigt. Nachdem am 11. d. Mts. bereits die gänzliche Einstellung der Verpflegungszufuhr an die widerspenstigen Truppen im Baltikum verfügt worden war, ausgenommen an die Truppenteile, die sich nachweislich auf dem Rückmarsch befinden und denen nach den Etappenstationen Verpflegung entgegengeschickt wird, soll nun auch jeder Personenverkehr nach dem Baltikum sofort gesperrt werden und **nur Leerzüge** zur Abholung der Truppen hinausfahren dürfen. Ebenso sind verschärfte Kontrollmaßnahmen getroffen worden, um jede verbotene **Munitionszufuhr** unmöglich zu machen. Der General Graf von der Goltz, der anweisungsgemäß den letzten Rückmarschbefehl der Regierung und ihren Aufruf an die Truppen diesen noch bekannt gegeben und mit allem Nachdruck auf Befolgung hingewirkt hat, hat am 12. das Kommando endgültig an den General v. Eberhard abgegeben und wird dieser Tage in Berlin erwartet.

Der Stettiner Fracht- und Passagierdampfer „Holthia" ist von der lettischen Regierung mit Beschlag belegt worden. Die Mannschaft mußte das Schiff verlassen und befindet sich in Libau. Der Dampfer diente zum Truppen- und Gefangenentransport.

Awaloff-Bermondt hat an Denikin ein siegverkündendes Telegramm verschickt und ihm die Hoffnung ausgesprochen, nun bald vom Westen her auf die Bolschewiki losschlagen zu können. Riga ist aber noch nicht in seinem Besitz und den Letten, die die deutsche Gesandtschaft an der Abreise verhindert haben, eilen **Entente-Kriegsschiffe** zu Hilfe. Am Ende werden noch ihre Kanonen gegen die antibolschewistischen „Westrussen" donnern und so Lenin und Trotzky helfen! Einerseits will ja die Entente die Bolschewiki niederwerfen, andererseits aber die Randstaaten als ihre Werkzeuge aufrechterhalten, um den heillos gefürchteten, jedoch notwendigen, späteren deutsch-russischen wirtschaftlichen Zusammenschluß zu hindern. Dessen Notwendigkeit erkennen nun auch Leute wie Sasonoff, der frühere zaristische Außenminister, den doch die Entente wahrlich nicht für einen heimlichen Weltrevolutionär oder besonderen Deutschenfreund ansehen wird.

Der nordrussische General Judenitsch hat Awaloff als Landesverräter erklärt. Die zaristischen Generale scheinen in ihm einen Emporkömmling zu erblicken, obgleich seine Leute doch ganz im großrussischen Sinn arbeiten und er selbst sich soeben zum Generalgouverneur der „Provinz Kurland" ernannt haben soll. Bei seinem Einzug in Mitau flaggten die Bewohner denn auch stilgerecht weiß-blau-rot — die alte russische Trikolore!

Aus Riga in Mitau eingetroffene Zivilpersonen melden, daß der deutsche Beauftragte in Riga Donnerstag verhaftet worden sei, ebenso der deutsche Beauftragte in Libau mit seinem Personal. Gegen die Verhaftungen wurde bei der lettischen Regierung Protest eingelegt.

Die Letten haben das Waffenstillstandsangebot Awaloff-Bermondts bisher nicht beantwortet.

Eine Veröffentlichung der lettischen Regierung wirft dem General v. d. Goltz vor, daß er über die Räumungsfrage gar nicht mit der rechtmäßigen lettischen Regierung verhandelt, sondern das besetzte Land eine hergelaufenen Abenteurer — eben dem Ameloff-Bermondt und einem meuternden Söldnerhaufen übergeben habe, der seinerzeit die lettische Regierung überfallen hatte. Lettland und die Randstaaten kämpften gegen die Bolschewiki und das mit solchem Erfolg, daß die Bolschewiki ihnen jetzt den Frieden anböten. Bermondt aber habe den Befehl Judenitsch', sich an einen bestimmten Frontabschnitt zu begeben, nicht ausgeführt. Bemerkenswert erscheint folgende Erklärung:

Die lettländische Regierung besteht aus Letten, Deutschen, Russen und Juden und ist dem Lettländischen Volksrate verantwortlich, der aus allen Nationalitäten und aus allen politischen Parteien, ausgenommen die Bolschewiki, gebildet ist. Ausgenommen eine kleine Adelsclique und ihre vereinzelten lettischen Strohmänner, setzt sich das ganze lettländische Volk für die lettländische Republik ein und ist überzeugt, daß dieses auf nationalem Ausgleich, politischer Demokratie und sozialer Gerechtigkeit begründete Staatswesen das einzige ideell und materiell wahrhaft wirksame Bollwerk gegen die Fluten des Bolschewismus, gegen die Desorganisation, Rechtlosigkeit und Gewalttätigkeit von rechts und links ist.

Die Vorgänge im Saargebiet.

Die französische Polizei hat wieder 24 Plünderer verhaftet, welche an den Raubzügen in St. Ingbert teilgenommen haben.

Bei den Unruhen in Saarbrücken wurden fünf Deutsche und ein französischer Hauptmann getötet, andere Arbeiter und Polizei verwundet. Die St. Ingbert benachbarten früher preußischen Ortschaften wurden von französischem Militär besetzt, weil von dort aus die Aufruhrbewegung in das Saargebiet getragen worden sei.

Marschall Foch hat die Erfüllung der Sonderforderungen der **Eisenbahner** des Saargebiets, darunter die Abschaffung der Grußpflicht gegenüber französischen Offizieren und die Zurückziehung der farbigen Besatzungstruppen von den Fabrikwerkstätten, **vorläufig abgelehnt**. Dagegen wurde die Anmeldefrist von Eisenbahnerversammlungen von drei Wochen (!) auf fünf Tage ermäßigt. — Die Eisenbahner haben die Arbeit wieder aufgenommen unter dem Vorbehalt, daß sie auf Erfüllung der Versprechungen General Andlauers vertrauen können. Dagegen verharren die Hüttenarbeiter größtenteils im **Ausstand**.

Allen im Saargebiet nicht dauernd wohnenden Personen wurde die Teilnahme an politischen Versammlungen oder die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen streng **verboten**.

Als am Mittwoch in Saarbrücken ein Zug mit **Kriegsgefangenen** einfahren sollte, trieb der französische Bahnhofskommandant eigenhändig mit der **Reitpeitsche** in der Hand sämtliche Leute vom Bahnsteig hinweg. Die Menge vor dem Bahnhof stimmte dafür „Deutschland, Deutschland über alles" an. Am nächsten Tage mußte die Stadt 10 000 Mk. Geldstrafe bezahlen.

Die erzwungene „Wahl" des französischen Leutnants Tardieu zum Landrat im Kreise Saarlouis ist vom General Andlauer **nicht** bestätigt worden.

•

Die Pressezensur ist in ganz Frankreich aufgehoben, der Belagerungszustand bis auf — — Elsaß-Lothringen!

Die Streiks in Amerika.

Die New Yorker Rollfuhrkutscher haben die Arbeit niedergelegt. Es streiken 10 000 Mann. Die Milchversorgung ist in Frage gestellt. Es ist so gut wie sicher, daß die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Kohlengrubenbesitzern sich zerschlagen haben. Der Ausbruch des Streiks wird für den 1. November erwartet, er wird ungefähr 325 000 Bergarbeiter umfassen.

Hugo Haase.

Die Untersuchung hat ergeben, daß eine neue Operation nicht erforderlich ist. Haase geht es besser.

Königs-Pogromisten.

Die **republikanische** Partei in Budapest hatte für Sonntag nachmittag eine **Versammlung** einberufen, zu der sich mehrere tausend Personen, darunter auch zahlreiche Sozialdemokraten eingefunden hatten. Doch waren anscheinend die **Gegner** der Republikaner in der Mehrheit. Es kam zu großen Kundgebungen gegen die Republikaner, wobei Rufe ausgebracht wurden: „Es lebe das **christliche** Ungarn!" „Nieder mit den **Juden!**" — Es entstand eine blutige Schlägerei, so daß rumänisches Militär einschreiten mußte. Die Versammlung konnte nicht abgehalten werden.

Keine bayerische Regierungskrise.

Bekanntlich drohte in Bayern eine **Regierungskrise**, weil über die Zusammensetzung des Kabinetts eine Einigung nicht herbeigeführt werden konnte. Nunmehr hat am letzten Sonntag die bayerische **sozialdemokratische Landeskonferenz** hierzu eine **Entschließung** angenommen, die in der Erklärung gipfelt, daß es die Partei angesichts der im Winter zu erwartenden Schwierigkeiten nicht verantworten könne, wenn durch den Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung das Land erneut den schwersten Erschütterungen ausgesetzt wird. Dadurch könnten die politischen, kulturellen und sozialen Errungenschaften der Revolution gefährdet werden. Mit diesem Beschluß, der das Verbleiben der Sozialdemokraten im Ministerium ausdrücklich billigt, scheint die Regierungskrise beigelegt zu sein. — Auf dem Zentrumsparteitag wurde berichtet, daß der Landesbefehlshaber General Moehl sämtlichen Ministern ein **unverlangtes** Gutachten geschickt hat, Neuwahlen wegen der damit verbundenen politischen Erregung zu unterlassen.

Kundgebung Frankfurter Eisenbahner.

Vor der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. erschienen Sonntag 15 000 bis 20 000 Arbeiter, um von dem Präsidenten Dr. Stapff die Teilnahme des von den Arbeitern gewählten **Verkehrsausschusses** an den regelmäßigen **Präsidialsitzungen** der Direktion und das Mitbestimmungsrecht in diesen zu verlangen. Präsident Stapff sagte Erfüllung zu unter dem Vorbehalt, daß das Ministerium darüber endgültig zu entscheiden habe. Die Forderungen der Arbeiterschaft waren bisher vom Präsidenten verweigert worden. Gleichzeitig wurde von den Demonstranten der **Rücktritt** des Eisenbahnpräsidenten gefordert, da er nicht mehr das Vertrauen der Arbeiterschaft besitze.

Zur Einigungsfrage.

In der letzten Nummer der „Welt am Montag", die ganz der Einigungsfrage gewidmet ist, findet **Kautsky** das treffende Wort der Situation, indem er sagt, daß die Einigung nie notwendiger, aber auch nie unmöglicher war als jetzt. Es ist ein trauriges Fazit einer Lebensarbeit, die dem Sozialismus gewidmet war, feststellen zu müssen, daß die Arbeiterbewegung nicht imstande ist, das zu vollbringen, was jedes ihrer Mitglieder als notwendig erkennen muß.

In seinem guten Willen, vielleicht doch den richtigen Weg zu finden, sagt dann Kautsky, man müßte einmal untersuchen, unter welchen Bedingungen eine Einigung möglich wäre, und er fügt aufmunternd hinzu: „Man sollte annehmen, unter Verzicht auf jedes Gewaltregiment von rechts und links sowie auf jede Abhängigkeit von bürgerlichen Parteien und ihren Werkzeugen **müßte** eine Einigung möglich sein."

In derselben Nummer der „Welt am Montag" sagt aber der frühere Demokrat **Beitscheid**, man müsse, wenn es notwendig sei, zur Ueberwindung des Kapitalismus auch wagen, „sich über die Forderungen der formalen Demokratie hinwegzusetzen". Das sieht nicht wie ein Verzicht auf jedes Gewaltregiment von links aus. Jeder Versuch von links, ein Gewaltregiment zu etablieren, hat aber die unausbleibliche Folge, ein Gewaltregiment von rechts ins Leben zu rufen, das desto brutaler werden müßte, je weniger die Sozialdemokratie in der Lage wäre, auf seine Methoden kontrollierend und **mäßigend** einzuwirken. Die Entwicklung würde dann dazu führen, alle Mittelparteien vom Zentrum bis zu den Unabhängigen auszuschalten, das deutsche Volk wäre dann die Beute, um die der weiße Terror der Monarchisten und der rote Terror der Kommunisten miteinander kämpften.

Um die Frage **„Demokratie oder Gewalt?"** kommen wir nicht herum.

In den Verfassungskämpfen, die vom 9. November bis zum 11. August dauerten und die vorläufig abgeschlossen sind, hat **die Demokratie** den Sieg davongetragen. Seit dem 11. August haben wir eine Verfassung, die dem Volke und seinen Vertretungen in Reich, Staat und Gemeinde die Macht verleiht. Das Volk kann die Verfassung durch direkte Abstimmung abändern und auf demselben Wege auch sonst jeden ihm nützlich scheinenden Vorschlag zum Gesetz erheben. Der Reichspräsident ernennt die Minister, darf sie aber nicht im Amt halten, wenn sie sich nicht mehr mit dem Vertrauen der Parlamentsmehrheit ausweisen können. Das sind die Grundzüge unserer „formalen Demokratie".

Heute kann keine Einigungsdebatte an der Frage vorbeigehen, ob wir als Sozialisten die Grundzüge der neuen Verfassung anerkennen und verteidigen oder verwerfen und bekämpfen sollen, ob wir Verfassungsänderungen, die wir für notwendig halten, anstreben sollen auf dem Wege der Verfassung selbst, also durch Parlaments- oder Volksbeschluß, oder auf dem Wege der Gewalt, indem wir uns als Minderheit in die Macht setzen und dekretieren, was weiter zu gelten hat.

Verzichten wir auf eine gewaltsame Minderheitsherrschaft, die wir Sozialdemokraten nicht nur für grundsätzlich verwerflich, sondern auch für praktisch unmöglich halten, so bleibt uns gar nichts anderes übrig, als **verfassungsmäßig** zu operieren. Dann stehen wir aber sofort wieder vor dem Problem der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien.

Man könnte sich eine Einigung vorstellen auf dem Boden eines Beschlusses, wonach die Sozialdemokratie, solange sie nicht über die Parlamentsmehrheit verfügt, **in Opposition** bliebe, also das Regieren den bürgerlichen Parteien allein überliege. Aber würden die Arbeiter ein solches rein bürgerliches Regiment, bei dem die Deutschnationalen bald die Hauptrolle spielen müßten, geduldiger ertragen als die jetzige Koalitionsregierung? Würde sich dann nicht der Flügel, der das Minus an Mandaten durch ein Plus an physischer Gewaltanwendung auszugleichen wünscht, verstärken und gäbe das nicht bald eine **neue** Spaltung?

Daß die Koalitionsregierung nur ein Uebel unter vielen und daß der Belagerungszustand eine Scheußlichkeit ist, braucht man uns Sozialdemokraten nicht erst zu sagen. Aber wäre es nicht besser, wenn die Unabhängigen, statt uns für diesen unerfreulichen Zustand verantwortlich zu machen, zu **begreifen** versuchen würden, **warum** es dazu gekommen ist? Aus blinder Liebe haben wir uns doch wirklich nicht den Bürgerlichen an den Hals geworfen, und aus bloßem Vergnügen daran, staatsbürgerliche Freiheitsrechte zu meucheln, haben wir uns mit dem Belagerungszustand nicht abgefunden. Ein bißchen guten Willen, aus diesen Zuständen herauszukommen, dürfte man uns doch zusprechen, nur **den Weg** soll man uns zeigen, den Weg!

Die Unabhängigen können ihn uns nicht zeigen, weil sie ihn selber nicht wissen. Jeder von ihnen hat darüber seine besondere Meinung, und was sie zusammenhält, ist nur ihr Gegensatz zur Sozialdemokratie. Kämen sie selbst zum Handeln, so wären auch sie wieder sofort gespalten, wie ja auch

faktisch diese Spaltung sofort da war, als sich am 10. November ihr Eintritt in die Regierung vollzog. Eine Einigung wird nicht früher möglich sein, als bis sich die Unabhängigen in der Frage „Demokratie oder Diktatur?" zur völligen Klarheit durchgerungen haben werden.

Was bis dahin möglich sein könnte, ist eine gewisse Entspannung der Gegensätze, aber auch die erst dann, wenn der Belagerungszustand weg ist. Da aber stehen wir wiederum vor der Frage: Soll der Belagerungszustand ganz und ein für allemal weg, oder soll er nur weg, damit er von der anderen Seite etabliert werden kann? Es ist erfreulich, wenn die Unabhängigen für sich den Schutz der Verfassung anrufen, wenn sie für die freie „Meinungsäußerung" eintreten, die „das erste und höchste Recht der freien Staatsbürger" ist. (Aufruf der „Freiheit" zu den Protestversammlungen.) Von da sollte nur ein Schritt sein zu der Erkenntnis, daß diese Freiheit gegenseitig gewährleistet werden muß und daß man sich auf die Verfassung nur stützen kann, wenn man selber an sie sich zu halten gewillt ist.

Man kann das Problem drehen und wenden, wie man will, man kommt immer wieder, wenn man sich nicht mit allgemeinen Redensarten begnügen will, auf die Grundfrage zurück: „Wie stellen sich die Unabhängigen zur Verfassung?" Oder noch präziser: „Auf welchem Wege gedenken die Unabhängigen das, was ihnen an der Verfassung mißfällt, abzuändern, auf dem Wege der Verfassung selbst oder auf dem der Gewalt?" Der Verzicht auf jedes Gewaltregiment von links bedeutet zugleich die Unmöglichkeit jedes Gewaltregiments von rechts.

Die Verfassung, die für jede Vertretung des Volkes das gleiche Wahlrecht vorschreibt und dem direkten Volksbeschluß die höchste Autorität über Verfassung und Gesetzgebung verleiht, gibt der Arbeiterklasse ungeheure Machtmittel in die Hand. Alles hängt davon ab, daß sie sich dazu entschließt, von diesen Machtmitteln gemeinsam entsprechenden Gebrauch zu machen. Tut sie das, so kann es keinen Belagerungszustand und auch keine Spaltung geben. Solange sie das nicht tut, droht ihr nichts als Spaltung, Zerklüftung und Verfall.

Die „Freiheit" sagt: „Man kann nicht den Mund von Einigungsphrase überfließen lassen und zugleich mit der Faust einen Teil der Arbeiter niederschlagen." Weiß denn die „Freiheit" nicht, wer die Faust erhoben hat? Glaubt sie, die Sozialdemokratie sei verpflichtet, sich eine Minderheitsherrschaft gefallen zu lassen, die sie nicht will, die neun Zehntel des Volkes nicht wollen, eine Minderheitsherrschaft, von der wir überzeugt sind, daß sie nichts anderes bringen kann als namenloses Unglück? Verlangt sie von uns Sadavergehorsam, Untertanengesinnung gegenüber den kommunistischen Möchtegern-Diktatoren?

Gegenüber den Schattenseiten und Gefahren unserer Politik sind wir wahrhaftig nicht blind. Angriffspunkte bieten wir genug, weil wir überhaupt eine bestimmte Politik treiben, und weil eine Politik, die keine Angriffspunkte bietet, unmöglich ist. Von den Unabhängigen aber hat Breitscheid einmal geschrieben: „Wir haben überhaupt keine Politik!" und dieses trostlose Wort gilt bis auf den heutigen Tag. Wenn die Unabhängigen eine Politik treiben werden, die den Grundsätzen des sozialdemokratischen Programms entspricht, dann wird die Einigung da sein, denn dann werden alle die Nöte und Schwierigkeiten, mit denen wir uns herumzuplagen haben, auch ihre Nöte und Schwierigkeiten sein. Gemeinsam aber werden wir sie überwinden können.

Mit den agitatorischen Erfolgen, die den Unabhängigen da und dort beschieden sein mögen, können sie das brennende Problem unserer Zeit nicht lösen. Sobald ihre Anhänger das erkennen, werden sie sich enttäuscht von ihnen abwenden. Das Bewußtsein der wiedererrungenen Einigkeit würde hingegen die Arbeiterklasse mit neuem Vertrauen in die Zukunft erfüllen und sie zu den außerordentlichsten Leistungen im Dienst ihrer Sache anspornen. Darum sollten die Unabhängigen, die sich jetzt nur anstrengen, immer neue Schimpfworte gegen die Sozialdemokratie zu erfinden, sich lieber bemühen, die Probleme der Arbeiterbewegung bis zum letzten Grund durchzudenken und auch ihre Gegner in in der Arbeiterbewegung zu verstehen. So könnten wir vielleicht wenigstens schrittweise dem Ziel näherkommen, von dem wir uns jetzt, zum großen Schaden des Ganzen, immer weiter entfernen.

Friedrich Stampfer.

Teuerungszulagen der Eisenbahnarbeiter.

In den Eisenbahnwerkstätten in Berlin, sowie auch in anderen Orten wird von kommunistischer und unabhängiger Seite gegen die Sozialdemokratie Propaganda gemacht, eine Hetze gegen die „Rechtssozialisten" entfacht, die „sozialdemokratischen" Abgeordneten in der Preußischen Landesversammlung hätten gegen die Teuerungszulage für die Eisenbahner gestimmt. In Frankfurt a. M. ist sogar von den Unabhängigen den Eisenbahnern erklärt worden, die sozialdemokratischen Vertreter im Haushaltausschuß hätten überhaupt gegen jede Teuerungszulage an die Eisenbahnarbeiter gestimmt. Wir haben sofort dies als eine bewußte Lüge erklärt, zu dem Zwecke, um die Eisenbahner für eine Arbeitsniederlegung zu politischen Zwecken zu gewinnen.

Wir stellen auch fest, daß es im Haushaltausschuß unsere Vertreter waren, besonders der Genosse Brunner, der sich dafür ins Zeug legte, dieselben Teuerungszulagen, die den Beamten gezahlt, auch den Eisenbahnarbeitern zu gewähren. Die S.-P.-D.-Fraktion vertrat grundsätzlich den Standpunkt, daß man die einmaligen Beschaffungs- und Teuerungszulagen beseitigen muß und die wirtschaftliche Notlage durch gründliche Reformen der Besoldungs- und Lohnverhältnisse bessern solle. In dem vorliegenden Falle war aber Preußen durch die Entschließung des Reiches genötigt, die Beihilfe zu gewähren. Unsere Genossen verlangten, daß die Zulagen für Beamte und Arbeiter die gleiche Höhe betragen solle; dafür war keine Mehrheit zu finden. Wir schlugen dann vor, die Zulagen für die Arbeiter in annähernd derselben Höhe wie für die Beamten zu gewähren, vielleicht mit einem Unterschiede von 200 M., wie es auch der Antrag der U. S. P. vorsah. Da aber die Vorlage der Regierung nach Vereinbarung mit der Reichsregierung zustande gekommen war, erklärte das Finanzministerium, die Vorlage zurückziehen zu müssen, wenn weitergehende Anträge angenommen würden. Es hätten dann erst neue Verhandlungen mit der Reichsregierung stattfinden müssen, und im Oktober wäre dann auch nicht an die Auszahlung der Beschaffungszulagen zu denken gewesen. Die Beunruhigung, die dadurch hervorgerufen würde, glaubten unsere Genossen nicht verantworten zu können und stimmten deshalb für die Regierungsvorlage. Angenommen wurde auch der Antrag, daß die Staatsregierung sofort mit der Reichsregierung in Verhandlungen darüber eintreten solle, wie den Rentenempfängern, den Altersinvaliden, Unfallversicherungs-, der Knappschaftskasse usw. durch eine besondere Zulage geholfen werden könne.

Nach der angenommenen Vorlage beträgt nun die Beihilfe für ledige Arbeiter 400 M., für Verheiratete 600 M., dazu für Beamte und Arbeiter eine Kinderzulage von 200 M. pro Kind. Stichtag für die Auszahlung ist der 3. September, Voraussetzung eine mindestens sechsmonatige Beschäftigung im Eisenbahnbetriebe.

Wenn die Angelegenheit auch uns im allgemeinen nicht befriedigt, so darf doch nicht vergessen werden, daß wir leider eine sozialistische Mehrheit auch in Preußenparlament nicht haben. Des weiteren wird sich ja der Haushaltausschuß auf Grund eines vorliegenden Antrages nochmals mit dieser Sache befassen. An die Eisenbahnarbeiter richten wir aber den ernsten Mahnruf: die Ziele der Revolution können nur erreicht werden, wenn alle arbeitsfähigen Menschen ihre Arbeitskraft restlos in den Dienst der gemeinsamen Einrichtungen stellen. Insbesondere gilt dies bei den Eisenbahnarbeitern, -Angestellten und -Beamten. Ihr ganz besonders wißt, wie der Eisenbahnbetrieb daniederliegt, Ihr ganz besonders wißt auch, daß es jetzt zunächst darauf ankommt, Kohlen und Lebensmittel in die einzelnen Großstädte und Bezirke zu befördern, um das deutsche Volk vor einer Katastrophe zu bewahren. Dies kann nur geschehen, wenn alle eine verstärkte Tätigkeit entfalten. Die wirtschaftlichen Forderungen selbst sind auf dem Wege durch die Organisationen oder die im Betriebe geschaffenen Einrichtungen oder noch zu schaffenden Einrichtungen der Arbeiterausschüsse, Betriebsräte usw., den Verwaltungsbehörden zur Kenntnis zu bringen. Nur durch Organisation und Einfügen eines jeden Einzelnen in das große Ganze kann das Werk vollendet werden, das im November 1918 begonnen hat.

Gustav Heller.

Wilhelm der Einsichtige.

Der einstige Kronprinz bekennt sich zu der Auffassung, daß durch die verlogene Vergewaltigung der öffentlichen Meinung, wie sie insonderheit durch das Kriegspresseamt und ähnlichen Institutionen besorgt wurde, der Zusammenbruch zwangsmäßig herbeigeführt worden ist. In einem Briefe an seinen früheren Ordonnanzoffizier schreibt er:

„Ich habe auch einen vergeblichen Kampf gegen die meines Erachtens unrichtige Behandlung unserer öffentlichen Meinung bekämpft, denn ich sah, daß wir schon lange in einem Verzweiflungskampf standen. **Man könnte sich also meines Erachtens nicht über den gänzlichen Zusammenbruch in der Heimat wundern.**"

Man darf gespannt sein, ob nunmehr, nachdem ein doch gewiß kompetenter Hohenzoller den Zusammenbruch auf das Konto der militärischen Nebenregierung verbucht, die Militaristen noch immer die Revolution verantwortlich machen werden.

Der große Greiner.

General Ludendorff, der jetzt eine von den nationalistischen Blättern eifrig gedruckte Zeitungskorrespondenz herauszugeben scheint, stellt an seine Leser keine leichte Aufgabe. Er gibt ihnen Rätsel auf, wie dieses:

„Nur wenn das Band zwischen den nationalen Deutschen und der von allen verlassenen Armee wieder aufs engste geknüpft, wenn der feldgraue Rock wieder ein Ehrenkleid ist, das überall mit Stolz getragen wird, erst dann kann die Armee ihre wahre Aufgabe erfüllen, über den Parteien stehend Hüter und Träger unserer Zukunft zu sein."

Der Sinn dieser Sache ist mehr als dunkel, wenn man nicht etwa annehmen will, daß General Ludendorff der Reichswehr und damit auch allen Offizieren das Ehrenkleid abstreiten möchte. Daß der General es wagt, noch immer einen Unterschied zwischen Deutschen und „Nationaldeutschen" zu machen, daß er also immer noch einer Methode anhängt, die nicht zuletzt dazu beigetragen hat, Deutschland in den Abgrund zu stürzen, bestätigt nur die Ansicht derer, die da meinen, daß es würdiger wäre, wenn der geschlagene Feldherr statt zu greinen sich ausschwiege.

Organisation des Bevölkerungsschutzes.

Die „Freiheit" polemisiert in ihrer Montag-Morgenausgabe gegen den „Vorwärts" wegen des Aufrufes der „Technischen Nothilfe". Sie findet bemerkenswert daran, daß „sich in ihm kein Wort findet gegen etwaige Streikabsichten der Aerzte, Landwirte usw." Ferner wirft sie die „neugierige Frage" auf, wer die Geldgeber dieser Organisation sind. Wir haben Einblick in einen Schriftwechsel der „Technischen Nothilfe" gehalten, aus dem hervorgeht, daß sie sich seit den ersten Tagen ihres Bestehens mit der Organisation von Abwehrmaßnahmen gegen einen etwaigen Aerztestreik beschäftigt. Auch die Landwirte sollen, wenn sie die Ernährung der Bevölkerung zu gefährden trachten sollten, die Wirkung der „Technischen Nothilfe" zu spüren bekommen. Die „Technische Nothilfe" arbeitet mit keinerlei Privatmitteln. Sie ist eine amtliche Organisation der Reichsregierung und dazu bestimmt, bei Streiks in lebenswichtigen Betrieben zum Schutze des Lebens der Bevölkerung einzugreifen. Nicht Organisation des Streikbruchs also — wie die „Freiheit" es nennt — sondern Organisation des Schutzes der Bevölkerung für den Fall eines Angriffs auf deren Lebensinteressen.

Den heimgekehrten Kriegsgefangenen!

Prolog zu einer Begrüßungsfeier.

Sind wir erwacht aus wildem Fiebertraum?
Sehn wir die Nacht, die blutige, nun enden?
Wir schaun Euch an und, ach, wir glauben's kaum:
Wir halten wieder Euch nun bei den Händen.
Versiegt die Tränen, die die deutsche Erde
In sich gesogen zahllos Jahr um Jahr;
Erfüllt die Sehnsucht, die sich neu gebar
Mit jeder Stunde am verwaisten Herde.

Gefangensein! Wer will's in Worten malen?
In fremder Fron gefesselt und gebeugt,
Beherrscht vom Hasse und bedrängt von Qualen,
Von harten Wächtern Tag und Nacht beängt.
Gekerkert hinter Graben, Wall und Mauern,
Umdroht von Fäusten, Flinten, Stacheldraht,
Ein freies Wort Verbrechen und Verrat —
Und tief im Herzen heimwehheißes Trauern!

So Tag um Tag, so Woche, Monat, Jahr.
Aufleuchtend Hoffnung, wieder dann versinkend.
Heut eine Mär: Befreiung! . . . Ist sie wahr? . . .
Und morgen in der alten Not ertrinkend.
Von Zuversicht und Zweifeln wild genarrt,
Von Lug und Trug geäfft an allen Tagen —
Wer kann es ganz, der's nicht erlebte, sagen,
Wie hier zur Marter jede Stunde ward?

Die Ihr's erlittet, Brüder, nun zerreiße
Das trübe Bild, das so in Euch geprägt;
Fühlt nun der Heimat treues Herz, das heiße,
Das froh und dankbar Euch entgegenschlägt.
Es fühlte grollend Euer fernes Klagen,
Sah jäh des Krieges ganzen Wahn und Trug
Und flammte auf und donnerte: Genug!
Und hielt Gericht in den Novembertagen:

Das war der Herbststurm. Und vor seinem Spiel
Ist über Nacht der Mächtigen Lied verklungen;
Die Tyrannei der Wenigen, sie fiel,
Und stolze Kronen sind wie Glas zersprungen.
Gelähmt der Raubgier stets bereite Hand,
Begierig nach den fremden Ackergründen, —
Uns aber wuchs aus ihren blutigen Sünden
Und Euch ein neues, besseres Heimatland,

Ein freies Deutschland . . . Frei? Ihr fragt's mit Bangen
Und seht, von fremder Raubgier nun bedroht,
Die ganze Heimat tiefgebeugt, gefangen,
Das ganze Volk in Qual und harter Not.
Und dennoch: frei! Frei, weil wir nicht mehr hassen,
Frei, weil der Sturm die neue Saat gesät,
Die eines Tages in goldnen Aehren steht
Und fruchtbar alle Welt einst wird erfassen.

Dann werden Grenzen wie die Throne fallen,
Und Frühling wird durch alle Lande wehn;
Des Hasses blöder Wahn, er wird in allen,
In allen Völkern sterben und vergehn.
Helft, Freunde, daß dies große Ziel uns werde.
Seid uns willkommen: Reicht uns Eure Hand
Und schwört: Wir bauen uns ein freies Land,
Ein freies Land und eine freie Erde!

Ernst Preczang.

Die Schundfilm-Schmutzflut soll immer noch höher emporgetrieben werden. Das Filmkapital riskiert jeden Satz. Was anher von ihm übers Land geschwemmt wurde, stammte aus deutschem Vorrat an erfinderischer Schamlosigkeit. Jetzt soll aus fremden Backen ein Weiteres zugepumpt werden. Der Bedarf der Filmunternehmer hat Möglichkeiten, die noch immer von keiner Maßnahme begrenzt werden. Worauf wir jetzt gefaßt sein dürfen, verraten Anzeigen in der Auslandspresse. Die Exzesse deutscher Hirne, so schreibt die „Frankfurter Zeitung", genügen den Bildungsaposteln unserer Kinos nicht mehr. Das Blatt kann berichten: „Die Hunnen brauchen englische Films, so lautete vor einigen Tagen die Ueberschrift eines Artikels in der „Daily Mail". Darin wurde gesagt, der Direktor eines großen deutschen Filmunternehmens habe mitgeteilt, er suche zu jedem Preis englische Films, besonders aber Detektiv- und Sittenromane zu kaufen." Um jeden Preis! Das Frankfurter Blatt bemerkt: „Es besteht zwar ein Einfuhrverbot für Films, doch im besetzten westdeutschen Gebiet scheint es keine Geltung zu haben. Jedenfalls aber muß das Unternehmen dieses Düsseldorfer Herren Riesengewinne abwerfen, daß er beim Stande unserer Valuta um jeden Preis zu kaufen wünschen kann." An solchen Gewinnen oder an neuem kinobegeistertem Kapital wird es nicht fehlen. Zunächst also zur sittlichen Verheerung besetzter Gebiete! Dort wird die Schmutzflut zum äußersten aufsteigen. Eine neue Warnung ist das für das gesamte deutsche Gebiet! Die Gegenwehr muß mit dem höchsten Aufgebot der Kräfte organisiert werden.

Resi Langer hat Schatzgräberdrang: gar so gerne hebt sie dichterische Seltenheiten, die vergessen im Verborgenen blühn. Im Meistersaal faßte sie jetzt zahlreiche Funde aus dem achtzehnten Jahrhundert zu einem Abend „Rokoko" zusammen. Das meiste, was sie sprach, war mit diesem Namen gut getroffen, war vorgoethisch und jungvoethisch Zeit, galant, weltlich, geziert, aber doch unter Pudergelock, Spitzen, Bändern, Schnürbrust und Reifrock eine lebensfrohe, lustbereite Natürlichkeit: die eben ließ Resi Langer (in der Tracht der Zeit) ihr anmutiges, gar nicht prüdes Spiel treiben. Nur deutsche Dichter waren gesucht und nur bürgerliches Rokoko sollte Herz und Sinn erweisen. Die Günther, Hagedorn, Uz, Zachariä, Weiße, dann Lessing, Gotter, der junge Goethe (das Gedicht „Ziblis" von 1767) gaben den Ton an; es fiel auf, daß Wieland und auch Gellert fehlten, und von den Zeitgenossen Günthers wäre einmal dem Eroiiker Rost, dem heftigen Gegner Gottschebs, ein Auferstehen zu gönnen. Ueber die Epoche jener ersten Gruppe drang hinaus die Dichtung der Hölty und Voß, dieser Göttinger Hainbündler, die mit festem, derben Schritt und Griff volksdichterischen Ausdruck wollen und finden und schon auf dem Wege sind, von der Zopfzeit abzuscheiden. Zu Ende geht mit diesen die Rokokolyrik, die nur enge persönliche Freuden und Leiden kannte, nur familiär und spielgesellig war. Seit Klopstock und den Hainbündlern dreht sich das hohe, schwere Tor auf, das die bürgerliche deutsche Dichtung ins Politische führt. Der wuchtige, energische Voß, der Homerübersetzer, der die Idyllenlyrik pflegte, machte schließlich den Uebergang zur großen Revolution am begeistertsten mit und in treuem Ausharren; aber das lag schon jenseit von Rokoko und lag, wie alles Politische, jenseit Resi Langers Programm. Die Künstlerin traf natürlich auch den Ton dieser zweiten Gruppe: der Schalk in ihr, der auch das Kräftige, Deftige liebt und liebenswürdig formt, war in lebhafter Bewegung. Leider verwertete sie nicht für die Aufreihung ihres Programms die angedeutete Linie der Entwicklung vom städtisch Anmutigen zum gröber Gearteten. Hätte sie's getan, so wäre für den Abend wohl literarisch wie künstlerisch einiger Gewinn mehr zu holen gewesen. zd.

Gegen die Direktion der „Tribüne" wurde von den Arbeitern, die am letzten Donnerstag in das Charlottenburger Volkshaus gekommen waren, um einer Aufführung des Tollerschen Dramas „Die Wandlung" beizuwohnen, deren Erwarten aber nicht erfüllt wurde, eine Resolution angenommen, die es auf den „Treubruch" der Direktion hin ablehnt, das Theater zu unterstützen, und die auf das schärfste gegen die „Vergewaltigung der Kunst durch das Kapital" protestiert.

Vorträge. In der Berliner Sezession, Kurfürstendamm 232, finden in diesem Winter fünf Vortragsabende statt, die mit Werkwerken von Arno Holz und den neuesten Tonschöpfungen von Georg Stolzenberg bekannt machen sollen.

Ludwig Hardt spricht an seinem ersten Abend am 17. Oktober, Meistersaal: Heine, Baudelaire, Poe (Der Rabe), Wedekind (Unveröffentlichtes aus dem Nachlaß), Georg Heym.

Die Akademie der Buchsachverständigen wird am 22. Oktober im Herrenhause tagen. Vorträge werden gehalten über Themen von allgemeinem Interesse für kaufmännische und fachwissenschaftliche Kreise. Eintrittskarten in der Kanzlei, Berlin W 50, Rankestr. 29.

Eine Vereinigung der Chinafreunde hat sich in Berlin unter Leitung von Chinagelehrten gebildet. Heute, abends 7½ Uhr, spricht im Lyzeumklub, Lützowplatz 8, Schang-Kuo-Liang über „Das internationale Kulturleben".

Ein Palestrina-Klavierauszug, der sehr gut gearbeitet ist, ist im Verlag Fürstner erschienen.

Deutsche Nationalversammlung.

97. Sitzung. Montag, 13. Oktober, 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Schmidt, Bell.

Der Gesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol (die Reichsmonopolverwaltung soll allein berechtigt sein, Branntwein mit Ausnahme von Rum, Arrak, Kognak, Likören aus dem Auslande einzuführen) wurde einem Ausschuß überwiesen.

Die Preissteigerung im Lederhandel.

Es folgt die Interpellation der Abgg. Scheidemann, Löbe (Soz.) über die unerhörte Preissteigerung der Häute, des Leders und der Schuhwaren. Mit dieser Interpellation wird der Ausschußbericht über die Notstandsversorgung in Ober- und Unterkleidung sowie der Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiet der Textilindustrie verbunden. Der Ausschuß fordert die Freigabe der Einfuhr von Rohstoffen und nötigenfalls von Halbfabrikaten (Garnen). Der Abbau der Zwangswirtschaft soll unverzüglich in die Wege geleitet werden. Das Reichswirtschaftsamt soll die im Besitz der Militärbehörden befindlichen Ober- und Futterstoffe den Genossenschaften der Verbraucher und des Schneiderhandwerks sowie dem Kleinhandel raschestens zur Verfügung stellen.

Abg. **Becker-Oppeln** (Soz.) begründet die Interpellation. Auf Kosten der breiten Massen wird mit Leder ein unerhörter Wucher getrieben. Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft haben die Lederpreise eine Höhe erreicht, daß eine Katastrophe droht, wenn **nicht umgehend die Zwangswirtschaft wieder eingeführt** wird. Die Regierung hätte bei Aufhebung der Zwangswirtschaft den Dingen nicht ihren Lauf gehen lassen dürfen, sondern irgendein Programm verfolgen müssen, um der arbeitenden Bevölkerung Schuhzeug zu annehmbaren Preisen zu sichern. Während bei uns außerordentlicher Mangel an Leder herrscht, sind ungeheure Mengen an Leder und aus Leder hergestellte Gegenstände, wie Tornister, Helme, Schuhe usw., **an Polen geliefert** worden. Polnische Schieber treiben sich in Berlin und Breslau herum. Aber auch die Lebensmittelversorgungsgesellschaft in Beuthen hat sich an den Schiebungen beteiligt. Daß wir die **Eier**, die wir als Kompensation bekommen sollen, je sehen werden, **bezweifle** ich. Auch sonst sind uns Waren und Rohstoffe für das ausgeführte Leder zugesagt worden, wir haben aber **nichts** bekommen. Mit Genehmigung der Regierung werden immer noch ganz unglaubliche Mengen ausgeführt. Bei dem letzten Transport von 130 000 Tornistern nach Polen hat glücklicherweise die Militärverwaltung eingegriffen. Die Regierung muß zur

Zentralisation der Ausfuhrgenehmigung

greifen. Mit dem total verseuchten **Geheimratssystem** muß aufgeräumt werden. Für Ueberschreitung von Höchstpreisen müßte der **tausendfache** Betrag als Strafe angesetzt werden. Kann die Strafe nicht eingetrieben werden, tritt an ihre Stelle **Zuchthaus**. Nur auf solche Weise kann dem Uebel abgeholfen werden. Wir müssen aus dem Sumpf heraus, dann werden wir auch wieder zu gesunden Verhältnissen kommen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Wir haben bei Aufhebung der Zwangswirtschaft natürlich mit höheren Preisen gerechnet, aber doch nicht mit solch ungeheuren Preissteigerungen. Trotzdem sprechen schwerwiegende Gründe für die freie Lederwirtschaft. Ohne die Zufuhr aus dem Ausland kommen wir nicht aus. Ist die Zufuhr aber frei, dann kann im Inland unmöglich die alte Zwangswirtschaft mit Höchstpreisen aufrechterhalten bleiben, die niedriger sind als der Weltmarktpreis. Eine Kontrolle, ob in- oder ausländisches Leder verwendet worden ist, läßt sich nicht durchführen. Ich kann vielleicht das Fell bis zur Verarbeitung verfolgen, nicht aber das fertige Leder. Ohne Freigabe der Einfuhr war eine Steigerung der Erzeugung nicht zu erzielen. Wir gestatten die Einfuhr nur unter der Voraussetzung, daß 75 Proz. Fertigwaren wieder ausgeführt wurden. Dadurch sollte einem schädigenden Einfluß auf

die Valuta

vorgebeugt werden. Es ist für uns sehr schwer, die Ein- und Ausfuhr zu kontrollieren, denn die Entente hilft uns bei der Bekämpfung des Schiebertums nicht. Ein großer Teil dessen, was sich in Schieberhänden befindet, ist als **Militärgut** ins Land gekommen. Die Schuhindustrie, das hat eine Umfrage ergeben, steht ausschließlich auf dem Standpunkt der freien Bewirtschaftung. Ich glaube, daß es zur Bekämpfung der wahnsinnigen Spekulation nur folgendes Mittel gibt: Die **heimischen Häute in den Gerbereien** vollständig zu erfassen und das Leder daraus nur an **bestimmte** Schuhfabriken zu geben, die zu **festgesetzten Preisen** liefern müßten. Das **ausländische** Leder müßte dagegen frei bleiben, damit die Spekulation sich darin auf dem freien Markt austoben kann. Doch leider ist auch dieses Mittel

praktisch nicht durchführbar,

da man dem Preiswucher nicht jede Freiheit lassen kann. (Sehr richtig!) Wir müssen jetzt den Markt eine Zeitlang unter dieser Konjunktur lassen, um die Möglichkeit zu schaffen, daß ein vermehrtes Angebot eine Preissenkung herbeiführt. Tritt aber keine Besserung des unerträglichen Zustandes ein, dann müssen wir irgendein Abhilfsmittel zu finden suchen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird mit der nunmehr eröffneten Besprechung ein Antrag **Arnstadt** (Dnat.) verbunden, der den Abbau der Zwangswirtschaft besonders auf landwirtschaftlichem Gebiet verlangt, sowie ein Antrag Dr. **Ablaß** (Dem.), den planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft in dem Sinne in die Wege zu leiten, daß fast alle Bewirtschaftung mit Ausnahme der des Brotgetreides aufgehoben wird.

Präsident **Fehrenbach** ersucht die Redner wiederholt dringend, sich kurz zu fassen, da sonst die vom 25. Oktober an beabsichtigte Pause nicht eintreten könne.

Abg. **Bergmann** (Z.) bespricht die Lederfrage vom Standpunkte des Schuhwarenfabrikanten.

Abg. **Hermann-Württemberg** (Dem.): Solche Fragen sollten im **Reichswirtschaftsrat** erörtert werden, für dessen baldigen Zusammentritt der Minister sorgen muß. (Sehr richtig!) Die Zwangswirtschaft ist eine Folge der Blockade und des Rohstoffmangels gewesen. Durch eine planmäßige Beseitigung der Zwangswirtschaft wird eine allmähliche Anpassung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise erzielt werden. Der Schwerpunkt der Versorgung mit Schuhwerk ist am besten in die **Gemeinde** zu verlegen. Eine rasche Belieferung ist angesichts des vor der Türe stehenden Winters dringend erforderlich. Bei der Versorgung soll man aber neben den Arbeitern auch die Kreise der kleinen Beamten und Rentner berücksichtigen. Gerade diese Kreise sind während des Krieges besonders schlecht behandelt worden. Die **Arbeiter** gehören dagegen heute nicht mehr zu den am schlechtesten bezahlten Leuten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Wetzlich** (Dnat.): Die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Leders ist **kein Fehler** gewesen. Nur die freie Wirtschaft wird das deutsche Volk hochbringen.

Abg. **Hugo** (D. Vp.): Die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft ist eine der wichtigsten Aufgaben. Dabei wollen wir jede Rücksicht auf den Konsum nehmen. Die Hauptsache aber ist, daß überhaupt gearbeitet wird und gearbeitet werden kann.

Abg. **Simon** (U. Soz.): Das Leder, das noch aus billigen Häuten hergestellt wurde, ist nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft sofort von 18 auf 30 bis 40 M. und später sogar auf 50 bis 60 M. gestiegen. Da haben

die Lederfabrikanten

Hunderte von Millionen verdient. Wenn die Regierung nur einen Teil der Macht, die sie gegen streikende Arbeiter aufwendet, gegen den Schleichhandel aufwenden würde, dann müßten wir mit ihm fertig werden. Wenn die Herren von der Rechten die Anpassung an den Weltmarktspreis im Produkt verlangen, dann müssen sie auch die Löhne der Weltmarktslage entsprechend zahlen. Der Schweizer Arbeiter verdient fast soviel in Frank wie der deutsche in Mark.

Dienstag, 1 Uhr, Weiterberatung, Anfragen.

Schluß 6¾ Uhr.

Groß-Berlin

Schwesternheime.

„Schwesternheime" nennt man gewisse Pensionate, die als Unterkunftsstätten für alleinstehende private Krankenpflegerinnen dienen. Hier soll die Krankenpflegerin ein „Heim" finden in der Zeit, wo sie nicht infolge Uebernahme einer vollen und langdauernden Pflege ihre Unterkunft bei dem zu pflegenden Kranken hat. Durch das Schwesternheim werden ihr auch neue Pflegestellen zugewiesen, weil die Familien bei Bedarf von Pflegerinnen sich an die Heime wenden und deren Vermittlung in Anspruch nehmen. Das ist der Grund, aus dem die privaten Krankenschwestern immer wieder in die Schwesternheime zurückkehren. Diese Abhängigkeit der Schwestern von den Heimen macht es betriebsamen Inhaberinnen solcher Unterkunftsstätten möglich, die ihnen auf Gnade oder Ungnade überlassenen Heminsassen rücksichtslos auszubeuten.

Eine Schwester gibt uns von den Zuständen in dem von ihr bewohnten Heim eine Schilderung, die durchaus die schon früher im „Vorwärts" über die Schwesternheime gemachten Angaben bestätigt. Das Heim ist in einer „vornehmen" Straße nahe dem Tiergarten untergebracht, benutzt aber eine im vierten Stockwerk gelegene Hofwohnung. Es verfügt über 16 Betten, die auf fünf kleine und größere Zimmer verteilt sind, wobei auf die verschiedenen Zimmer ein bis sechs Betten kommen. In diesem kasernenmäßigen Quartier betrug die monatliche Miete pro Schwester bisher 35 M., jetzt aber ist sie auf 50 M. gesteigert worden. Für den unerhört hohen Mietsbetrag erhält jede Bewohnerin ein Bettgestell nebst Matratze, ferner ein Spind und die Waschgelegenheit, außerdem die Berechtigung, sich am Tage in dem auf Kosten der Inhaberin zu beleuchtenden und nötigenfalls zu heizenden Heim aufzuhalten, und schließlich die Aussicht auf Berücksichtigung bei Pflegestellenvermittlungen durch das Heim. Bettstücke, Bettbezüge und Wäsche müssen die Schwestern selber beschaffen. Sie haben auch selber für ihre Beköstigung zu sorgen, wobei sie für die Mittagsmahlzeit auf Gastwirtschaften angewiesen sind. Das Heim hält auch einige sogenannte Gehaltsschwestern, d. h. Schwestern, die von der Heminhaberin ein festes Gehalt bekommen und von ihr als Pflegerinnen vermietet werden. Da die Bezahlung für die von den Gehaltsschwestern übernommenen Pflegen dann in die Kasse der Heminhaberin fließt, so sucht sie diese Schwestern vor den anderen unterzubringen. Somit ist auch die Stellenvermittlung durch das Heim, die als Lockmittel auf die Schwestern wirkt, mitunter von sehr fragwürdigem Wert.

Sollte es keine Möglichkeit geben, dem ausbeuterischen Treiben solcher Heminhaberinnen ein Ende zu machen? Man könnte ihnen das Handwerk legen, wenn die Gemeinden zur Errichtung von Schwesternheimen schritten. Bisher haben die privaten Krankenpflegerinnen sich manchmal in der Weise geholfen, daß mehrere gemeinsam eine größere Wohnung mieteten. Das hätte sie bereits auf den Weg der Genossenschaft weisen können, durch die sich die Mittel aufbringen ließen, eigene Schwesternheime zu schaffen.

Mißstände in der öffentlichen Kartoffelbewirtschaftung.

Uns wird geschrieben:

In Neukölln war in den letzten Wochen die Kartoffelzufuhr derart im Rückstande geblieben, daß die Einwohner nicht mehr mit diesem notwendigsten Lebensmittel beliefert werden konnten. Sofort sandte die Lebensmittelkommission Beauftragte in die Lieferungskreise, um den Ursachen auf den Grund zu gehen. Diese haben nun folgende Wahrnehmungen gemacht: Schon jetzt werden von sächsischen Bedarfsverbänden die Kreise mit Agenten überschwemmt, die **Saatkartoffeln** aufkaufen und für den Zentner nach Aussage der Kommissionäre **11 bis 18 Mark zahlen**. Es ist ganz natürlich, daß nun die Landwirte lieber Saat- als Eßkartoffeln verkaufen, da sie für letztere nur 7,75 M. pro Zentner erhalten. Der ohnehin schon sehr beschränkte Wagenpark wird durch den Versand von Saatkartoffeln zu dieser Zeit noch mehr belastet, wo jeder Wagen zur Winterversorgung vor dem Frostwetter gebraucht wird. Auch erscheinen die von der Reichskartoffelstelle bewilligten Mengen von Saatkartoffeln so hoch, daß sich der Kommission unwillkürlich der Verdacht aufdrängte, daß diese angeblichen Saatkartoffeln zum größten Teile als Eßkartoffeln nach Sachsen gehen. Eine Begründung der maßgebenden Stellen, daß z. B. der Kreis Arnswalde 200 000 Zentner Saatkartoffeln abgeben kann, ohne sein Lieferungssoll für die Stadt Neukölln verletzen zu müssen, wäre sehr erwünscht. Die Kommission konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß durch solche Maßnahmen der Zusammenbruch der öffentlichen Kartoffelbewirtschaftung begünstigt wird. Hinzu kommt noch der passive Widerstand vieler Landwirte und die tatsächlich geringere Ernte an Kartoffeln als im Vorjahre. In den polnischen Grenzkreisen sprechen auch die ungeklärten politischen Verhältnisse mit, die jede Schiebung begünstigen. Kommission und Stadtverwaltung haben alles getan, um die Kartoffelzufuhr zu heben. Sie haben sich auch an die zuständigen Stellen gewandt, um mehr Wagen zur Kartoffellieferung frei zu bekommen. Die Stadt wird daher jede Verantwortung ablehnen können, wenn trotz ihrer vielen Bemühungen keine Besserung der Verhältnisse eintreten wird.

Heute fällt die juristische Sprechstunde aus.

Schafft Brennholz.

Der preußische Landwirtschaftsminister weist mit Rücksicht auf die durch die Kohlennot hervorgerufene überaus große Nachfrage nach Brennholz in einem neuerlichen Erlasse an die Regierungen wiederholt darauf hin, daß die Gewinnung des Stockholzes mit allen Mitteln gefördert werden muß. Insbesondere soll von der Abgabe des Stockholzes an Selbsterwerber weitestgehender Gebrauch gemacht werden. Die Oberförster haben dahin-

Erleuchtung.

91] Roman von Henri Barbusse.
Verdeutscht von Max Hochdorf.

Du darfst keine Furcht haben vor den Verzauberungen und Heiligtümern einstiger Zeiten. Eine Riesenvernunft wird das Götzenbild zerstören, das einstmals seine Getreuen erstickt hat. Du wirst die alten Banner zum letzten Male grüßen. Du wirst der veralteten Begeisterung, mit der sich die Kindlichkeit der Vorfahren einlullt, Dein ruhiges und endgültiges Lebewohl zurufen. Wohl, in den Winkeln des Elends, das uns die Vergangenheit brachte, gab es auch Stunden in denen mancherlei Rührung gewährt war, aber die Wahrheit ist mächtiger als das. Auf Erden gibt es keinerlei Grenzen, ebenso wenig wie auf dem Meere!

Alles, was Vaterland ist, kann nur eine gewaltig befestigte Sittenkraft und nicht eine gewaltsam behauptete Bestienkraft sein. Alle Bestienkräfte wüten gegeneinander. Alle sittlichen Kräfte verbinden sich wohltätig miteinander.

Die Weltrepublik ist die unvermeidliche Folgerung aus dem Satze, daß allen Menschen das gleiche Recht auf das Leben zusteht. Geht man nur von diesem Satze der Gleichheit aus, so gelangt man unweigerlich zur volkstümlichen Internationale, die alle Völker verbündet. Gelangt man nicht dorthin, dann hat man nicht den richtigen Gedankengang eingeschlagen. Wer von Gesichtspunkten ausgeht, die dem widerstreiten, etwa vom Gottesbegriff oder vom göttlichen Recht der Päpste, der Könige und Adligen oder von anderen Begriffen der Tyrannei und erstarrten Ueberlieferung, der gelangt auf romantischen Umwegen, aber bestimmt, zu Schlüssen, die das Gegenteil verheißen. Unaufhörlich soll man den Glauben vor Augen behalten, daß nur diese beiden Menschenlehren im Kampfe liegen. Alles ist der Vernunft unterworfen, der höchsten Vernunft! Aber die Menschheit, deren Hellsichtigkeit verwundet und verstümmelt worden ist, hat die Vernunft als eine Gottheit in das Wolkenreich entführt.

*

Nur das Reich der Internationale wird endlich gestatten, daß man die seit altersher eingewurzelten und täglich zahlreicher werdenden Mißbräuche ausrotte, die so emsig zusammenarbeiten, um die Absperrung zwischen den einzelnen Völkern zu befestigen. Aber der Plan solcher künftigen Welt ist erst in verworrenen Zeichen zu sehen. Noch ist notwendig, daß die großen und allgemeinen Sittengesetze erst auf ihren richtigen Platz gerückt werden.

Man ahnt ja kaum, wieviel Schönheit auf Erden möglich ist! Man ahnt ja kaum, welchen Reichtum all' die geraubten Schätze darbieten können? Man gibt sich ja kaum Rechenschaft von der Freude, die eine Wiedererweckung des bisher entgleisten, zertretenen und getöteten Geistes heraufbringen wird. Geherrscht haben bisher nur die niederträchtige Sklaverei und die ansteckende niedrige Notwendigkeit, daß Angriff und Abwehr mit Waffen geregelt werden mußten, und die Sonderrechte, durch die jegliches Verdienst geschmälert wurde. Man ahnt ja kaum, welche neuen Gegenstände der Anbetung aus der neuen Welt herauswachsen werden. Die vollkommene Herrschaft des ganzen Volkes wird den Wissenschaften und den Künsten, deren symphonische Gestalt ja kaum erst oberflächlich entworfen ist, einen unerhörten Glanz und Aufschwung verschaffen. Die national beschränkten Grüpplein pflegen nur die Engigkeit und die Unwissenheit, und sie lassen jede besondere Gabe verkümmern. Und die nationalen Akademien, vor denen sich ein überlebter Aberglauben beugt, sind nur pomphafte Mittel, um Ruinen vor dem Verfall zu schützen. Die Wölbungen der Gelehrtenpaläste, die, von der Nähe betrachtet, großmächtig aussehen, sind lächerlich wie Zündhütlein. Man muß erweitern, man muß die Internationale ins Grenzenlose ausspannen und sie entfalten an allem, was ihr nur zugänglich ist. Man muß die Schranken sprengen und die erlöste Menschengesellschaft mit Taglicht und prächtigem Höhenraum erfüllen. Man muß mit Geduld und Heldentum den Weg freimachen, der das Einzelgeschöpf zur Menschheit hinaufführt und dessen gekrümmte Umrahmung nur von abgestorbenen Gedanken und versteinerten Bildern bespickt war. Alles muß in seiner Schlichtheit neu aufgebaut werden. Es gibt nur ein Volk, ein einziges Volk!

*

Damit das majestätisch-irdische Werk vollendet und der gesamte Bau, gleich einer Statue, ausgewölbt werde, begründe nichts auf die unmöglichen Wandlungen der menschlichen Natur! Erwarte nichts von dem zufälligen Mitleid! Das Erbarmen ist ein Sonderrecht, das verschwinden muß. Kein Mensch vermag einen Unbekannten zu lieben, also vermag er auch nicht, Mitleid für ihn zu empfinden. Der menschliche Geist ist für die Unendlichkeit geschaffen, das Herz aber nicht. Der Mensch, der in seinem Herzen und nicht nur in seiner Einbildung oder in seinen Worten das Leiden der Mitmenschen wirklich verspürt, die er nicht einmal sieht oder streift, ist nur krankhaft überreizt. Sein Fall kann nicht verallgemeinert werden. Die Niederlage, die der klaren Vernunft beigebracht wird, und der Makel des Widersinnigen quälen den wägenden Geist mit weit furchtbarerer Qual. Das Wissen von der menschlichen Gesellschaft ist ein streng mathematisches Wissen. Gestatte nicht, daß man dem Worte „Menschlichkeit" einen Sinn unterschiebe, der ein falsches Gefühl in sich birgt! Verkünde, daß die Predigt der Verbrüderung und allgemeinen Liebe eine vergebliche Predigt ist! Im Wirrwarr der Riesenziffern büßen diese Worte ihren klaren Sinn ein. In diesem ungezügelten Mischmasch der Gefühle und Gedanken spürt man das Märchenhafte und Unzulängliche. Was die Einigkeit befördert und der Gegenseitigkeit nützt, das hat seine Stütze in der klaren Ueberlegung. Gesunden Menschenverstand, richtige Einsicht, methodische Strenge, Ordnung, die niemals nachläßt, das muß gelten. Gelten muß die unabwendbare und unerbittliche Vollendung und endlich das große Geleuchte der Klarheit!

In meinem Eifer und in meiner Begierde und aus dem Grunde meines Abgrundes schleudere ich Worte hervor, die hoch aufsprühen sollen und hineintreffen in den Kern des Schweigens. Meine große Träumerei wird durchschwungen von Stimmen, die laut sind wie die Stimmen der Neunten Symphonie.

*

Ich lehne am Fenster. Ich blicke in die Nacht hinaus, die überall ist und mich streift. Ich bin nichts mehr als ich bin, und die Nacht ist unendlich. Mir ist, ich habe nichts anderes mehr zu denken. Die Dinge fügen sich zusammen. Die Dinge werden sich erlösen und ihren neuen Einklang finden.

Von Sternenscharen sind die Himmel bevölkert. Soll nun dieser Einklang, der die Vernunft einklammert und den Geist zur anbetungswürdigen Idee der Gesamtheit hinaufführt, unsere Hoffnung beseligen? Soll er unseren Zweifel nähren?

(Forts. folgt.)

gehende Anweisung erhalten. Die Stockholzmassen werden zur Vermeidung des zeitraubenden Aufsetzens in Raummetern unaufgesetzt abgeschätzt und mit 10 Pf. als Einheitspreis für ein geschätztes Raummeter bewertet werden. Zur Erleichterung des Transports und um die Umwandlung noch nicht völlig ausgetrockneten Brennholzes in heizkräftiges Material zu ermöglichen, ist die Verkohlung des Holzes am Orte der Gewinnung durch Aufnahme des Köhlereibetriebes in Aussicht genommen.

Unglückliche Verkehrszustände auf dem Schlesischen Bahnhof. Eine Leser schreibt uns: Zu recht unliebsamen Störungen führt die neue Verordnung der Eisenbahndirektion auf dem Schlesischen Bahnhof, wonach die Besucher von Bahnsteigen den Bahnsteig B trotz vorher gelöster Karte nicht betreten dürfen. Nachdem man die erste Sperre zu den Bahnsteigen ohne weiteres passieren kann, wird plötzlich der Zutritt zum Bahnsteig verweigert. Dadurch staut sich nun alles auf der engen Treppe, die Reisenden haben große Mühe, sich durch die dichtgedrängte Menge durchzuzwängen und kommen dadurch in die üble Lage, ihren Zug zu verpassen. Pflicht der Eisenbahndirektion wäre es, sofort einzugreifen und durch Aushängeplakate an den Schaltern auf den Mißstand hinzuweisen, daß der genannte Bahnsteig nicht betreten werden darf. Aber nichts wird getan, das Publikum verliert sein Geld und wird Unannehmlichkeiten ausgesetzt. Auch den Beamten wäre durch Bekanntgabe große Mühe erspart.

Der sozialistische Aerzteverein erklärt zu dem Gerücht, die Aerzte des Rettungswesens beabsichtigten in einen Streik einzutreten: Da die Rettungswachen nur dem Zwecke dienen, plötzlich Erkrankten oder Verunglückten Hilfe zu leisten, erklärt der Sozialistische Aerzteverein — getreu dem stets von den Aerzten Berlins vertretenen Standpunkt, nach welchem bei einem Aerztestreik unter keinen Umständen plötzlich Erkrankte Not leiden sollen: daß er, ganz unbeschadet der materiellen Seite der Frage, das Eintreten in einen Streik sehr bedauern würde, insbesondere, wenn nicht vorher alle Verständigungsmöglichkeiten erschöpft sind.

Unverbesserlich. Die Beamten des Landespolizeiamtes fanden bei einem Besuch des Czardas in der Meineckestraße zu Charlottenburg bereits das ganze Lokal aufgeräumt. Die Stühle standen auf den Tischen, der Schanktisch war mit leeren Sekt- und Weinfläschchen und gebrauchten Gläsern besetzt. Auch beim zweiten Besuche in der Nacht zum Sonnabend sah es so aus. Die Beamten waren jedoch mißtrauisch, weil sie vorher beobachtet hatten, daß Leute mit Kraftwagen vorgefahren waren, durchsuchten die Räume genauer und entdeckten so eine verborgene Treppe, die zu einem Keller hinabführte. In diesem fand sie dicht zusammengefercht eine Gesellschaft von 80 Personen beiderlei Geschlechts, die nur den Abzug der Beamten abwartete, um dann ihre Zecherei wieder aufzunehmen. Einige der Gäste hatten die noch halb gefüllten Wein- und Sektflaschen in den Keller mit hinuntergenommen.

Ein dreister Einbruch glückte in der Nacht vom Sonntag zum Montag Einbrechern, welche das Geschäftshaus der Orthozentrischen Kneifergesellschaft m. b. H., Potsdamer Str. 134a, heimsuchten. Die Diebe erbeuteten Prismen-Feldstecher, Operngläser, Lorgnetten und eine große Anzahl Augenglasfassungen. Vor Ankauf der erbeuteten Waren wird gewarnt.

Ein schweres Gasunglück hat sich in Friedenau ereignet. In der Kaiserallee 187 ließ der Kunstmaler Bruno Bielefeld, der verreisen mußte, seine Schwiegermutter, die 65 Jahre alte Witwe Behm, mit seinen vier und neun Jahre alten Söhnen Ulrich und Bernhard in der Wohnung allein zurück. Bei der Rückkehr fand er beide Kinder mit ihrer Großmutter besinnungslos im Bette. Wiederbelebungsversuche blieben bei den Kindern erfolglos. Es liegt zweifellos ein Unglücksfall vor.

Keine Heizung der Stadtbahnzüge. Wie bereits in den letzten Wintern wird es auch diesmal nicht immer möglich sein, die Eisenbahnzüge des Fernverkehrs ausreichend zu erwärmen. Trotz alledem wird die Eisenbahnverwaltung bemüht sein, die Fernzüge, d. h. Schnell- und Personenzüge mit einer Fahrtdauer von mehr als zwei Stunden, ausreichend zu erwärmen. — Auch im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr wird sich eine Beheizung der Züge des Kohlenmangels wegen nicht ermöglichen lassen, da sie ausschließlich dem Lokalverkehr dienen und sie daher nur zu verhältnismäßig kurzen Fahrten benutzt werden. Eine weitere Folge des Kohlenmangels ist die verminderte Glasproduktion, die sich auch im Eisenbahnverkehr bemerkbar macht. Die Glashütten können infolge des Kohlenmangels nicht genügende Mengen liefern, um den wachsenden Bedarf der Eisenbahn zu decken. Die Fahrgäste handeln also auch im eigensten Interesse, wenn sie mutwillige Beschädigungen der Scheiben in den Eisenbahnwagen verhüten.

Prozeß wegen der angeblichen Millionenschmiergelder. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt mit, daß seitens des Direktoriums wegen der in der Nr. 5 des „Deutschen Fruchtgroßhandels" in dem Artikel „Millionenschmiergelder der Reichsstelle für Gemüse und Obst" ausgesprochenen Beleidigung der leitenden Herren der Reichsstelle bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Beleidigung und übler Nachrede gestellt worden ist.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis Mittwoch im 34., 38., 39., 40., 42., 43. und 197., und bis Donnerstag im 36., 37., 41., 201. und 239. Brotkommissionsbezirk 125 Gramm Käse.

Auf die ¼-Liter-Krankenkarten wird heute Milch nicht abgegeben; von morgen ab wieder.

Tempelhof. Verkauf von 250 g Maismehl (1,45 M.) Abschnitt 85. 200 g Suppen (0,39 M.) Abschnitt 48. 350 g Teigwaren (0,49 M.) Abschnitt 13. Ferner an Nährmitteln für Oktober: Für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre — Kindervollmilchkarten A I und A II — 500 g Haferflocken, 500 g Gerstenmehl, 4 Pakete Zwieback. Auf Abschnitt Z 16 250 g ausländisches Weizenmehl.

Mariendorf. Auf Oktober-Vollmilchkarten für Kranke, für werdende Mütter, auf Zusatzkarten für Kriegsbeschädigte, auf Berechtigungsschein auf amerik. kondens. Milch an Kranke und auf Bezugschein für Personen über 70 Jahre 1 kg Kompottrüchte.

Weißensee. 12. bis 19. Okt. je ½ Pfd. ausländisches oder inländisches Weizenmehl (Z 16, I 19, K 20), je ¼ Pfd. Allgäuer Käse (35 a u. b), je 250 g Marmelade.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. 23. bis 25. Abt. Mittwoch, abends 7 Uhr, Budi-Säle, Neue Königstr. 26, Sitzung der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte. 1. Vortrag des Genossen Floerke: „Pionierarbeit im Gefangenenlager". 2. Parteiangelegenheiten.

8. Abt. Heute Dienstag, ½8 Uhr, Bezirksführersitzung mit unseren zurückgekehrten Gefangenen bei Schmoldt, Hasenheide 58.

12. Abt. Mittwoch 7 Uhr, Schulaula Wrangelstr. 128. Referent: Redakteur Wermuth „Was trennt uns von den Unabhängigen?"

28. Abt. Mittwoch 7½ Uhr, in den Bezirkslokalen Zahlabend. Die Betriebsvertrauensleute sind besonders geladen.

33. Abt. Die Eintrittskarten für die Revolutionsfeier am 9. Novbr. für Walhalla sind zu haben bei Gillwald, Putbuser Str. 24; Tamme, Rammierstr. 5; Gabriel, Graunstraße, Ecke Demminer Straße; Herrn Friele, Graunstr. 40, Laden; Gen. Zocher, Brunnenstr. 84; Karl Delutsch, Swinemünder Str. 50; für die Schulaula Grünthaler Str. 5, bei Werner, Grünthaler Str. 13, v. IV.

Steglitz. Mittwoch 7 Uhr Mitgliederversammlung im Gymnasium, Hersestraße. Tagesordnung: Bericht aus der Gemeindevertretung. Referent: Gen. Szillat.

Grünau. Donnerstag, 8 Uhr, spricht der Genosse Ewald über die politische Lage bei Miedeck, Friedrichstr. 4.

Reinickendorf-Ost. Die für heute Abend einberufene öffentliche Versammlung in den Hubertussälen findet nicht statt. Der kommunale Arbeiterrat.

Niederschönhausen. Donnerstag, 8 Uhr, Frauenabend bei Jeske, Platanenstr. 1. Referentin: Genossin Wachenheim.

Königsthal-Zepernick. Morgen Mittwoch, 7½ Uhr, öffentliche Versammlung bei Marx, Bärwaldstraße. Referentin: Genossin Todenhagen über „Die Frau in der neuen Verfassung".

Bildungsveranstaltungen.

Bezirksbildungsausschuß.

Am Sonntag, den 19., nachmittags 3 Uhr, im Kleinen Schauspielhaus, Fasanenstr. 1, Ecke Hardenbergstraße, zum letzten Male: Maria Magdalena. Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Friedr. Hebbel. Karten 1,50 M. und 0,15 M. Garderobengebühr in sämtlichen Berliner Vorwärtsspeditionen sowie Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1, Scharnberg, Tauroggener Str. 11, Strlemer; Friedenau, Rheinstr. 27, Petermann; Lichtenberg, Wartenbergstr. 1, Seikel, Gryphiusstr. 13, Kleemann; Marienfelde, Kranichstr. 5, Kurstedt; Neukölln, Neckarstr. 2, Heinrich; Schöneberg, Belziger Str. 27, Bümmler; Steglitz, Schildhornstr. 11, Ziegeldecker; Wilmersdorf, Gasteiner Str. 12, Schubert; Reinickendorf-O., Residenzstr. 182, Schmidt; Weißensee, Berliner Allee 61, Meyer; Horsch, Engelufer 15 und in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2, zu haben.

Lichtenberg. Der Bildungskursus beginnt heute 6 Uhr im Cäcilien-Lyzeum, Rathausstraße. Schulgeld für 8 Abende 4 M. Thema: Erfurter Programm. — Die von der Partei veranstalteten Märchenabende beginnen Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, im Gesangsaal der Schulen Leopoldstr., Ecke Lücke- und Marktstr. 10/11. Die Abende finden regelmäßig den ganzen Winter hindurch statt. Eintritt frei. Wir ersuchen unsere Parteimitglieder, ihre Kinder zum regelmäßigen Besuch dieser Veranstaltungen anzuhalten.

Jugendveranstaltungen.

Zentral-Jugendheim. Lindenstr. 8, 2. Hof l. III. Heute abend 7 Uhr: Unterhaltungsabend.

Moabit. Lokal Schmidt, Wickelstr. 17. Heute abend 7 Uhr: Rezitationsabend.

Osten. Jugendheim, 220./255. Gemeindeschule, Ehrenbergstr. Heute abend 7 Uhr: Spiel- und Unterhaltungsabend.

Charlottenburg. Jugendheim, Volkshaus, Roßnenstr. 4. Heute abend 7 Uhr: Spielabend.

Treptow-Baumschulenweg. Jugendheim, Elsenstr. 3 (Ringbahnhof Treptow). Heute abend 7 Uhr: Brettspielabend.

Niederschönweide. Lokal Hilscher, Fennstr. 10. Heute abend 7 Uhr: Musikabend.

Parteigenossen und Jugendfreunde!

Es liegt in Eurem eigenen Interesse, Eure schulentlassenen Söhne und Töchter auf diese Veranstaltungen des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin hinzuweisen und sie zu seinen Mitgliedern zu machen, denn es ist die einzige Interessenvertretung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen auf wirtschaftlichem Gebiet und zugleich Erzieher zum Sozialismus.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sozialistischer Aerzteverein. Sitzung am 20. Oktober 7½ Uhr im Deutschen Zahnärztehaus, Bülowstr. 104, Richterzimmer: Ueber die Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege im zukünftigen Groß-Berlin. Ref.: Herr Grotjahn. Gäste willkommen. — **Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen Bezirk Berlin-Brdg.** Generalversammlung diesen Donnerstag, 7½ Uhr, bei Schröder, Britz, Chausseestr. 54/55. Neuwahl des Vorstandes. Aufnahme neuer Mitglieder. Mitgliedskarte vorzeigen. — **Ueber Liebe und Ehe** spricht Dr. Magnus Hirschfeld vom 14. Oktober ab Dienstags 8—10 Uhr. Vortragsraum Reichstagsufer 6.

Gerichtszeitung.

Eine Demonstration der Kriegsbeschädigten vor Gericht.

Am 23. August fanden in Berlin vier Versammlungen des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten statt. Im Anschluß daran wurde eine Demonstration veranstaltet, an der etwa 10 000 Kriegsverletzte teilnahmen. Der Zug bewegte sich durch die Friedrichstraße nach dem Brandenburger Tor und die Linden entlang bis zum Palais Wilhelms I. Hier hielt der Vorsitzende Tiedt eine Ansprache, in der er auf die traurige Lage der Kriegsbeschädigten und ihre ungenügende Entschädigung hinwies. Tiedt erklärte dann nach seiner Ansprache die Demonstration für beendet. Beim Auseinandergehen geriet ein Teil der Demonstranten mit Polizeibeamten zusammen, wobei es zu Beschimpfungen der Soldaten und Polizeibeamten kam. Wegen dieser Demonstration wurde Tiedt vom außerordentlichen Kriegsgericht zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt, außerdem in Schutzhaft genommen. Gegen diese Maßregel war Beschwerde erhoben, mit der sich das Reichsmilitärgericht zu beschäftigen hatte. — Der Militäranwalt beantragte die Fortdauer der Schutzhaft und warf Tiedtke vor, daß er im Bunde der Kriegsbeschädigten kommunistische Zwecke verfolgt habe. Die Verteidiger behaupteten daß der Internationale Bund immer nur wirtschaftliche Zwecke verfolgte. **Der Senat hob den Haftbefehl auf.** Er betonte, daß der Internationale Bund, wenn er auch anfänglich kommunistische Tendenzen gezeigt habe, doch diese abgestreift und nur wirtschaftliche Vorteile für die Kriegsbeschädigten erstrebt habe. Deshalb sei kein Grund zur Verhaftung mehr vorhanden. — Vor dem Gericht hatte sich eine große Anzahl Kriegsbeschädigter eingefunden, die ihrem nun befreiten Vorsitzenden laute Huldigungen darbrachten.

Ein niederträchtiger Racheakt. Die Schneiderin Else Brinkmann wohnte bei einer Frau, deren Mann im Felde war und die deshalb genötigt war, ein Zimmer abzuvermieten. Als sie von dem Hauswirt gesteigert wurde, erhöhte sie auch den Mietpreis des Zimmers der Angeklagten um einige Mark. Hierüber geriet die B. in eine maßlose Erregung und drohte der Vermieterin, daß sie dies noch bereuen würde. Als die Frau eines Tages nach Hause kam, fand sie ihre Wohnung in einem ganz unglaublichen Zustande vor. Sämtliche Schränke waren, wie sich später ergab, von der Angeklagten und ihren Helfershelfern erbrochen worden. Es fehlten Wäsche und Kleidungsstücke für 14 000 M. Nicht genug damit, hatten die Täter auch noch sämtliche Tische, Betten, den Spiegel, in der Küche die Kochtöpfe usw. ekelhaft besudelt. Inmitten des Schmutzes prangte ein Plakat mit der Aufschrift: „Rache ist süß!" — Das Gericht ahndete diese Tat mit einer Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Aus aller Welt.

Flug New York—San Franzisko.

Als erster von den Teilnehmern an dem großen transkontinentalen Flug New York—San Franzisko ist Leutnant Meynard in San Franzisko eingetroffen. Er legte die 4320 Kilometer lange Strecke in 24 Stunden, 59 Minuten, 48 Sekunden ausschließlich der Landungen zurück, was einer Geschwindigkeit von 173 Kilometer pro Stunde entspricht. Die ganze Fahrt nahm 8 Tage, 8 Stunden, 4 Minuten in Anspruch und schlug deshalb den transkontinentalen Expreß um volle 24 Stunden. Von den in San Franzisko aufgestiegenen Fliegern sind bisher zwei, Kommandant Spatz und Leutnant Kiel in New York eingetroffen. Sie benötigten etwas mehr als 27 Flugstunden für die Ueberfliegung des Kontinents.

Der Burengeneral Joubert ist als südafrikanischer Senator gestorben.

Am 11. Oktober verschied unerwartet unser langjähriger Mitarbeiter und Prokurist, Herr

Wilhelm Gottschalk

im 71. Lebensjahre. 14/20

Er war uns in seiner nahezu 50jährigen Tätigkeit ein treuer, gewissenhafter Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Frau Kommerzienrat **Gerold.**
Gustav Oldach.
i. Fa.: **Carl Gust. Gerold.**

Plötzlich und unerwartet entschlief am 11. Oktober der Prokurist der Firma, Herr

Wilhelm Gottschalk

im 71. Lebensjahre. 15/1

Er war uns in seiner Pflichttreue ein leuchtendes Vorbild und ist uns in seiner Hilfsbereitschaft immer ein treuer Kollege gewesen.

Er wird uns stets in Gedenken bleiben.

Das Personal der Firma Carl Gust. Gerold.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Kaiser-Friedrich-Gedächtnis-Gemeinde, Pflugensee, Damengestell, aus statt.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½12—2 mittags, ½6 bis ½10 Uhr abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1.25 Mk.).

Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Spezial-Arzt Dr. Skotti Dir.: Löser senior
Harn- u. Blutuntersuchungen. Elektr. u. medic. Bäder,
nur **Rosenthaler Str. 69-70,** Ecke Linienstraße. 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1.

Gaskontrolleure
können sich ihr Einkommen verdoppeln, wenn sie meinen gesch. Gasspar- und Lichtverbesserungsapparat empfehlen. Verlangen Sie Prospekt gratis. 15/3
R. Saß, Berlin SO 33, Drangelstr. 83.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.
e. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Ritterguthstr. 16-26
Donnerstag, 30. Oktober, abends 6 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstr. 41:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrats.
2. Entlastung des Vorstandes.
3. Genehmigung der Bilanz.
4. Verteilung des Reingewinns. 121/1*
5. a) Wahl von sechs Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von Ersatzpersonen.

Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Der Aufsichtsrat. J. A.: F. Walther.
Der Vorstand.
A. Junger. O. Schulze. W. Larm. E. Mirus. P. Müller.
Der Eintritt kann nur den eingetragenen Mitgliedern gegen Vorzeigung der braunen Legitimationskarte gestattet werden.

Chauffeur! Hohe Belohnung!
Autoführer, der am 22. September vor der Buchhandlung Kurfürstr. 18 abends gegen 7 Uhr längere Zeit hielt und alsdann Fahrgast mit größerer Anzahl Bücher weiterfuhr, wird um Angabe der Adresse gebeten. Meldung unter M. 457 an Plötzners Annoncenbureau, Rosenthaler Str. 42. 122/14

Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10—1, 5—8. Sonnt. 10—1.
Friedrichstraße 90 am Bahnhof Friedrichstraße. — Teilzahlung gestattet. —

Spezial-Behandlung Kühn Praxis seit 1901
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10—12, 5—7, Sonnt. geschlossen
Harn- und Blutuntersuchungen.

Spezial-Behandlung
Harn- u. Blutuntersuchung, Licht- u. Finsen-Behandlung, Bestrahlungen, Höhensonne, Vierzellen-, Elektr. u. med. Bäder.
Aerztliche Heilanstalt **Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz 9—1, 4—8, Sonnt. 9—1.

Zähne v. 3 M. an Teilz. wöchentl. 1 M. Plomben 1.50. Goldkronen 18 M. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt Wolf sof. Potsdamer Str. 53. Hochb. Sprechz. 9-7.*

Ehefragen Aerztl. Beleht. f. Verlobte u. Verheir. v. Dr. med. K. Hutten über gesund. glückl. Eheleben u. s. Vorbeding. Anhg.: Knabe od. Mädch.? M. 2.20. Nachn. M. 2.50. Heilmarzt-Verlag, Berlin-Steglitz 23.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Weitl. Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Keine Lichtnot!!
Gaslicht und Gasfacher ohne Rohrleitung. Überall anwendbar, jede Lampe erzeugt sich das Gas selbst. Empfehle erbittet 600/D
Senger Nachf.
Düsseldorf 49.

Nordhäuser
Kautabak I. Roll. u. Stang.
Zigarren
in allen Preislagen.
Ia Schweizer Stumpen.
Uebersee-Rauchtabak.
Gold-Flake
Fairfax, Navy-Cut laufend jedes Quantum preiswert abzugeben:
Zigarren-Haus
Gebr. Schanzer,
Friedrichstr. 243 (Hall. Tor)
Alexanderstr. 9 (N. Pol.-Pr.)

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrger., nerv. Ohrschmerz über uns. tausenfbl. nat. bewährt. patentamtl. gesch. Hörtrommeln. Bequ. u. unsichtbar zu tragen. Glänz. Unterstützungen. Gratis
Sanis Versand München. 35

Möbel
Kleiderschränke, Vertikows, Waschtoiletten, Spiegel, Sofas, Ruhebetten
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Stolzmann
Belle Alliancestr. 100

Kriegsanleihe
kauft gegen Barzahlung
Deutsche Metallindustrie,
Potsdamer Str. 67.

Zigaretten
stärk. u. amerikan. (opiumfrei),
Zigarren
100 Stück 70, 85, 100, 120 M.
Rauchtabak
garantiert rein Uebersee, Pfund 25 M., alles vorrätig.
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (n. Kreuzberg).

Vereinigung Gr.-Berliner Kraftfahrschulen
bildet Kraftwagenführer aus.
Näheres durch d. Geschäftsstelle: Berlin, Charlottenstr. 66. Fernruf: Moritzplatz 1258.*

Idealer Frauenschutz:
mehrf. amtl. Prospekt gratis. Volgt & Co., Stuttgart 23, Gymnasiumstraße 14. 85/30*

Nerz-Murmel-Pelzkragen billig verkäuflich. 1439
Becker, Hagelberger Str. 12, I.

Kupferdrähte
Metalle
Kabeln und Litzen
für Auslandsbedarf
kauft Kabelvertrieb, Joachim-Friedrich-Str. 34 Amt Pfalzburg 4359.

Garantiert reiner
Holl. Rauchtabak
abzugeben, per Pfd. 24 M. Rdh. Marienstr. 9, vorn, 4 Tr. l.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10 Tel.: Lützow 4703 und 8518.

Ich bin zurück.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichst. 125 Oranienburger Tor.
Spr. 10—1, 5—8, Sonnt. 10—1.
Erfolgreiche Behandlung.
Harnleiden.

Spezialarzt
Sanitätsrat Dr. Müller,
Friedrichstraße 190 II,
Eingang Kronenstraße.
Spr. 11—1, 5—7, Sonnt. 11—1.
Erfolgreiche Heilmethode.
Harn- und Blutuntersuchung.

Spezialarzt
Dr. med. Lommer
Harn- und Blutuntersuchung
Behandl. schnell u. sicher ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Brunnenstr. 186 (nahe Rosenthaler Platz).
Sprechz. 9-1 u. 4-8, Sonnt. 9-12.

Abgeordneter
sucht in besserem Hause in der Nähe des Abgeordnetenhauses ein gut 9122
möbl. Zimmer.
Angeb. an die Exp. unter W. 37.

Dr. med. Laahs
Spezialarzt.
Erfolgreiche Behandlung.
Königstr. 34/36
Alexanderplatz.
10—1, 5—8, Sonnt. 10—1.

Spezialarzt
Dr. med. Koeben.
Erprobte und schmerzlose Behandlung
in Dr. Romeyer & Co.
konz. Labor. f. Blutunterz.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56/57, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Separates Damenzimmer

Wie ein Wunder
beseitigt
San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe**
jed. Hautausschl., Flechte, Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl., in Originaldosen 4.50, 7.50 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.).

Raucherdank!
ges. gesch., ermögl. in einig. Tag. das Rauchen ganz od. teilw. z. unterlassen. Amtl. begutachtet. Wirkung verblüff. Vollständ. unschädl. Tägl. Anerkenn. Ausk. ums. Institut Engelbrecht München R. 6, Kapuzinerstr. 6

Ankauf v. Juwelen, Perlen usw. MARGRAF & Co G. m. b. H. BERLIN

Kanonierstrasse 9
Tauentzienstr. 18a

Opernhaus.
Palestrina.
Anfang 5½ Uhr.

Schauspielhaus.
Maria Stuart.
Anfang 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Cymbelin.**
Mittwoch 7 Uhr: **Hamlet.**
Kammerspiele.
7½ U.: **Frühlings Erwachen**
Mittw. 7½: Büchse d. Pandora.

Theater i. d. Königgrätzer Straße
8.15 Uhr: **Kameraden.**
Mittwoch: Neu einstudiert
Ein Traumspiel
von Aug. Strindberg.
Musik von E. R. von Reznicek
Irene Triesch, Ludwig Hartau, Alfred Abel, Ferdinand von Alten, Gustav Botz, Ernst Dernburg, Frieda Richard, Jenny Marba, Gustav Hildebrandt, Felix Rossert.
Donnerst.: **Ein Traumspiel**
Freitag: **Ein Traumspiel**
Sonnabend: **Ein Traumspiel**

Komödienhaus
½8: **Liselott von der Pfalz.**

Berliner Theater
7.30 Uhr: **Bummel-Studenten.**

Central-Theater
7.20 Uhr: **Die Faschingsfee.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Mignon.**

Eden-Theater
7¼ U.: **„U. A. w. g."**

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: **Gretchen.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Helden.**

Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: **Er kann nicht befehlen.**

Komische Oper
7½ U.: **Liebeszauber.**

Lustspielhaus
7½ Uhr: **So ein Mädel.**

Metropol-Theater.
7 Uhr: **Sybill.**

Neues Operettenhaus.
7½ U.: **Die Dame vom Zirkus.**

Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: **Flachsmann als Erzieher**

Thalia-Theater
7½ U.: **Jungfer Sonnenschein**

Th. am Nollendorfplatz
7½ Uhr: **Die Puppe.**

Theater des Westens
7½ U.: **Die Frau im Hermelin**

Theater „Die Tribüne"
7½ Uhr: **„Die Wandlung."**

Theater d. Friedrichstadt
7½ U.: **Vier Einakter.**

Wallner-Theater
7.15 Uhr **Eine Ballnacht.**

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße. Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich Heute 8 Uhr. zum **263. Male**
Das höhere Leben.
Komödie von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.
Olga Limburg, Harry Liedtke, Rosa Valetti, Emma Debner.
Mittwoch 4 Uhr, kleine Pr.: **Rotkäppchen.**
Donnerstag 4 U., kleine Pr.: **Schneewittchen.**
Freitag 4 Uhr, kleine Preise: **Rotkäppchen.**
Sonnabend 4 Uhr, kleine Pr.: **Hänsel und Gretel.**
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.: **Gespenster.**

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Untergrundbahn Friedrichstr.
Täglich ½8 Uhr:
Maskerade.
Komödie von Ludwig Fulda.
Regie: Alfred Rotter.
Hansi Arnstädt, Eugen Burg, Käthe Dorsch, Paul Bildt, Jul. Falkenstein, Hugo Flink, Paula Levermann.
Mittwoch 4 Uhr, kleine Pr.: **Schneewittchen.**
Donnerstag 4 U., kleine Pr.: **Rotkäppchen.**
Freitag 4 Uhr, kleine Preise: **Schneewittchen.**
Sonnabend 4 Uhr, kleine Pr.: **Aschenbrödel.**
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.: **Johannisfeuer.**

Rose-Theater.
Letzte Aufführungen! 7½ U.:
Kleine Sklavin.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Das Gesetz.

Theat. am Kottbuser Tor.
Telesph. Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7½ Uhr
Elite-Sänger
Das vorzügliche Oktober-Prog. J. tägl. nachm. 3 Uhr ermäss. Preise (Voll. Abd.-Prog.) 1 Kind frei.
Büthner-Konzert Beginn 7 Uhr.
Vorverkauf 11–1½ u. 4–6 Uhr.
Elegan. Licht. — Rauch. gestatt.

Volksbühne Theater a. Bülowpl.
7½ Uhr: **Paul Lange und Tora Parsberg.**

Lessing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.
7: **Peer Gynt.**
Mittw. 7½: **Christa die Tante.**
Donn. 7½: **Christa die Tante.**

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7½:
Der Blaufuchs.
Leopoldine Konstantin, Anneliese Halbe, Kurt Götz, Theodor Loos, Erich Walter.

APOLLO THEATER
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7½ allabendl. Sonnt. 3½ u. 7½
Die Welt im Jahre 2000!
Gr. Varieté-Ausstatt.-schau in 8 Bildern.
In Szene ges. von Dir. **James Klein.**
Unter anderem:
Modenschau im Jahre 2000
10 Ikarier zu Pferde / Akrobatische Spiele / Die Lichtfee in der Silbergrotte / Tänze / Effekte a. d. Jahre 2000
Senta Söneland
Lucie Blatzner
H. Lamberts-Paulsen
Alex Stamer usw.
Sonnt. 3½ J.-Erwachs. 1 Kind frei!

Casino-Theater
Lothringerstraße. Tägl. ½8 U.:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: **Schwarzwaldblüte.**
Operettenakt m. Viktor Litzek.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sonntag ½4: **Mädchenehre.**

Winter-Garten
Wegen des umfangreichen
Oktober-Spielplans
— Anfang 7.15 —
Rauchen gestattet!

Admirals-Palast.
Ballett
auf dem **Eise**
Die lustige Puppe
in neuer Prachtausstattung.

Admirals-Kino
Der goldene See
mit Resel Orla

Reichshall.-Theater
7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sänger
nachm. halbe Pr.
Reichshallen-S.: Dönhoff-Brettl.

BTL
Potsdamer Str. 38
Turmstr. 12
Arme Thea
mit
Lotte Neumann
Potsdamer Str. 38.
Friedenau, Rheinstr. 14
Asta Nielsen
in: **Nach dem Gesetz.**
BTL

Theater am Moritzplatz
Trotz des Riesenerfolges unwiderruflich letzte zwei Tage!
PRINZ KUCKUCK
Vorverkauf 11—1 Uhr
6.30 8.30

Großer Saal
mit Bühne noch an einigen Sonnabenden und Sonntagen frei, desgleichen wochentags für Versammlungen.
Prachtsäle „Alt-Berlin".
Blumenstr. 10. Königstadt 5066.

Circus Busch
Jeden Dienstag u. Freitag 8 Uhr **nur Boxkämpfe!!**
Die übrigen Tage 7½ Uhr:
„Aphrodite"
Tragikomisch. Pantomime in 3 Akt. v. Paula Busch, insz. v. Hofballettmeister Georges Blanvalet.
Vorher d. gr. Zirkus-Progr.

KÖNIGIN
Kurfürstendamm 235
Wein-Restaurant I. Ranges
Fünf-Uhr-Tee
Täglich nachm. u. abends:
Tanz-Vorführungen.

Alte Weinstuben **J. F. Rauch**
Brunnenstr. 174, nur neb Goldgesch. Busse. Friedrichstr. 11, Gr. Frankf. Str. 112 neb. Jandorf.
Cognac!
Rum.
Endlich
ein guter, zuckergesüßt., preiswerter, kräftiger Likör:
Körners Original Stonsdorfer
Zuckergesüßter Sekt.
Echt Schwarze Steinhäger, kräftig. **Vorzügl. Rotweine.**
Süßer Obstschaumwein.
Süßer Maitrank, Fl. 1,75 Mk.

Möbel
Neuzeitlich geschmackvoll gediegen preiswert
NICOLAUS Pindo
Hackescher Markt 1
dicht am Bahnhof Börse

Ankauf von **Juwelen**
Perlen, Smaragde usw.
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.

Leder-Möbel-Fabrik

verkauft direkt ohne Zwischenhandel
Klubsessel
und **Leder-Sofas**
in pr. garant. echt. Leder zu billigen Preisen.
Curt Roeder
Innungsmeister
Berlin SO 26
Oranienstr. 25.

Blüthnerpiano
Schwechten, Mann, Eck, Schiedmayer. Auswahl erstklassiger Instrumente. **Konetzny,** **Alexanderstr. 37** (Hegpl.).

MADAME DUBARRY
EINST: DER TRIUMPH DER GALANTEN ZEIT LUDWIGS XV
MADAME DUBARRY
JETZT: DER TRIUMPH BERLINS IM UFA-PALAST AM ZOO
WOCHENT. 5 7 8 9 UHR. VORVERK. TÄGL. 11-1 UHR. KARTEN HABEN NUR AM LÖSUNGSTAGE GÜLTIGKEIT
SONNTAGS 4, 6 u. 8 UHR. FREIKARTEN AUFGEHOBEN

RICHARD OSWALD LICHTSPIELE
DIREKTION GEBR. KÖTTNER
Cöpenicker Str. 68 (National-Theater).
Nur noch 3 Tage!
Das Tagesgespräch von Berlin.
Die Arche.
Regie: RICHARD OSWALD.
Aufsehen erregt der 6. Akt
„Auf dem Totenschiff Helvetia".
6.30 8.30

Merkur-Palast
Ecke Strausberger- und Pallasdenstraße.
Erstaufführung:
Heldin der Liebe
Modernes, wunderschönes Drama von seltener Spannung in 6 Akten. — Außerdem:
JUGENDLIEBE
6 Akte nach dem Roman von Felix Philippi.

Film-Palast
(Kaumersäle)
Belle-Alliance-Str. 5, Ecke Teltower Str., Hallesch. Tor
Uraufführung
Mary Wood
Die Tochter d. Sträflings
Sensationsdrama in 8 Akten mit
Egede Nissen
persönlich allabendlich anwesend.
Außerdem das glänz. Beiprogramm.
Wochentags 5 Uhr Sonntags 4 Uhr
Eigene Lichtanlage.

Schwarzer Kater
Schaubühne Moritzplatz
(früher Buggenhagen)
Das
Riesen-Oktober-Varieté-Programm
Anfang 8 Uhr Anfang 8 Uhr
Sonn- u. Feiertags 2 Vorstellungen
3 Uhr nachm. u. 8 Uhr abends
Nachmittags kleine Preise
Vorverkauf Sonntags zw. 12—2 Uhr a. d. Tageskasse

Bevorzugte Gaststätten Berlins sind die
Tonndorf-Betriebe
Ed. Arno Tonndorf
Linden-Restaurant
Unter den Linden 44 und Friedrichstraße 87
Vornehmes Wein- und Bier-Restaurant
Gepflegte echte Biere
Spezialität: Pilsner Urquell
Gesellschaftszimmer
Mittags- u. Abendmusik: Kapelle Michalek.
Tonndorf
Unter den Linden 56
Kaffee-Diele-Bar
Abends Wein-Restaurant
Nachm.- u. Abend-Konzerte
Kapellen Uschmann, Wagner
Eigene Wiener Bäckerei
Kaffee-Zubereitung nach Kneipp'schen Art.
Allseitig geschätzte Verpflegung.

Kronen, Brücken, Plomben
Zähne in 1 Tag
Ueber 100 Ausführungen. Dir. Koppe's
Spez.-Inst. für mod. Zahnersatz
1. Magdeburger Straße 28, Ecke Lützowstraße, Kurf. 1230. 2. Alexanderstr. 14b. 3. Kantstr. 49.

Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten
Landes-Ausstellungshalle am Lehrter Bahnhof
Eröffnung
Freitag, den 17. Oktober
nachmittags 3 Uhr

Achtung!
Im Kampfe gegen den unrechtmäßigen Verkehr mit Kakao-Waren machen die unterzeichneten Fabriken der
Berliner Kakao- und Schokoladen-Industrie
alle Kreise des einschlägigen, legitimen Handels wie auch das kaufende Publikum darauf aufmerksam, daß nach den bestehenden Vorschriften
Kakao, Schokolade und Pralinen
(auch Auslandsware)
nur in Fabrikpackung mit dem Aufdrucke der Hersteller-Firma, des Gewichtes und des Kleinverkaufspreises
in den Verkehr gebracht werden dürfen.
Nur beim Kaufe einer diese Merkmale tragenden gepackten Ware schützt sich das Publikum vor Uebervorteilung und sichert sich dadurch zugleich ein preiswertes, reelles Erzeugnis.
Theodor Hildebrandt & Sohn.
„Saroti" A.-G.
Gebrüder Stollwerck A.-G.
Werckmeister & Reydorff.
Paul Wesenberg Sohn.
110/9*

Ziehung am 24., 25. und 27. Oktober
Rote Kreuz-Lotterie
des Gräfin Kittberg-Schwestern-Vereins
750000 Lose und 16000 Gewinne im Werte von Mark
200000
Hauptgewinne im Werte von Mark
60000
30000
10000
Lose zu 3 Mark Postgebühr und Liste 50 Pfg. Nachnahme 35 Pfg. mehr.
Erhältlich in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.
A. Meßl. Inst. Berlin W. 9. Tennéstr. 4.

Spedition
für das In- u. Ausland
Lagerhäuser
mit Bahnanschluß und Hafen
Automobil-Spedition
Reb. Haberling,
Berlin W 9

Nach wie vor zahle ich — wie bekannt — für
alte Gebisse
höchste Preise!
Gewöhnl. Platin-Zahn bis 5 Mk., diese jedoch
nicht unter Mk. 3,30 per Zahn!
Plat.-, Stift- u. Platinzähne bis 45 M. (nach Gewicht).
Für Platin den jetzigen hohen Preis!
Ankauf: Berlin W, Krausenstr. 56–58, täglich 10—6 Uhr
Hotel Grüner Baum. 70/19* Vogler, Berlin.

Säle für Vereine und Gewerkschaften zu Versammlungen und Festlichkeiten zu vergeben
Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72
Telephon Alexander 424 u. 2540.

Billige Herrenstiefel
hereingekommen. 912D*
Halensee Schuhhaus Heinrich Schäfer,
Ringbahnstr. 1 (am Bahnhof Halensee).

Monatsraten
Verlangen Sie sofort illustr. Broschüre Nr. 1515 gratis von der
Mira, Berlin S. 42
Alexandrinenstr. 97

Reifenstauch- u. Biegemaschinen
offeriert preiswert
Andreas Plum
Berlin, Cöpenicker Str. 92.
Fernspr. Moritzplatz 10820.

Bad-Nauheim

Am Taunus bei Frankfurt am Main — Außerhalb des besetzten Gebietes und der neutralen Zone gelegen. Hervorragende Heilerfolge bei **Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- und Gelenkrheumatismus, Gicht, Rückenmarks-, Frauen- und Nervenleiden.** — Sämtliche neuzeitliche Kurmittel.

Winterkur 1919/20

◆ Hessisches Staatsbad ◆ Während des ganzen Winters Bäder und Kurhaus geöffnet.
Konzerte / Abendunterhaltungen / Theater / Herrliche Park- u. Waldspaziergänge / Ermäßigte Kurabgabe.

Man fordere die neueste Auskunftsschrift c 9 vom „Geschäftszimmer Kurhaus Bad-Nauheim".

Bekanntmachung.

Die hiesige Bürgermeisterstelle soll zum 1. Januar 1920 besetzt werden. Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bezirksausschuß wird das Gehalt auf 6000 M. festgesetzt. Daneben wird ein Wohnungsgeldzuschuß von 1000 M. gezahlt. Ferner werden die Teuerungszulagen nach staatlichen Sätzen gewährt. Nach erfolgter Wiederwahl tritt Pensionsberechtigung nach den gesetzlichen Bestimmungen ein. Die Annahme bezahlter Nebenämter bedarf der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung. Bewerber jüngeren Alters werden bevorzugt. Erfahrung auf kommunalem Verwaltungsgebiete ist erforderlich; juristische Vorbildung erwünscht, aber nicht Bedingung. Meldungen sind unter Beifügung eines Lebenslaufes und beglaubigter Zeugnisabschriften nur schriftlich bis zum **25. Oktober d. J.** an den Unterzeichneten zu richten. 9872

Biesenthal (Mark), den 6. Oktober 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Lobes.

Bekanntmachung
betreffend die
Ausbildung von Reichsfinanzbeamten.

Infolge der Umgestaltung der Finanzverwaltung und des Ausbaues der Steuergesetzgebung wird sich am 1. April 1920 namentlich im Bereiche der direkten Steuern und zwar in der Hauptsache für die norddeutschen Gebietsteile des Reiches ein Mehrbedarf an Finanzbeamten geltend machen. Zur Deckung dieses Bedarfes wird der Reichsminister der Finanzen für die Personen, die aus anderen Berufen in höhere und mittlere Beamtenstellen der Reichsfinanzverwaltung, soweit sie die Verwaltung von direkten Steuern zum Gegenstande hat, übernommen werden wollen, einen einmaligen Sonderlehrgang veranstalten, der eine eingehende Ausbildung zu sofort brauchbaren Steuereinschätzungsorganen zum Ziel hat.

Der Lehrgang wird in folgenden Orten an Hochschulen stattfinden: in Königsberg, Berlin, Breslau, Köln, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Leipzig, München und voraussichtlich in Hamburg und Karlsruhe.

Seine Dauer wird von Ende Oktober dieses bis Ende Februar künftigen Jahres festgesetzt werden.

Der Lehrgang wird einheitlich für Anwärter des höheren und mittleren Finanzdienstes abgehalten werden. Zur Teilnahme an ihm werden in erster Linie solche Bewerber zugelassen werden, die den bisher für die Uebernahme in die höhere u. mittlere Laufbahn des Steuerdienstes gültigen Vorschriften hinsichtlich ihrer allgemeinen Vor- und Ausbildung entsprechen oder eine anderweitig erworbene gleichwertige Vorbildung nachzuweisen vermögen und denen zu einer nutzbringenden Verwendung im Finanzdienste lediglich die Sonderkenntnisse auf diesem Gebiete fehlen.

Durch die Teilnahme an dem Lehrgang, der ohne Schlußprüfung beendet wird, wird eine Anwartschaft auf vorerstige Beschäftigung, jedoch noch kein Anspruch auf Uebernahme in die Reichsfinanzverwaltung begründet. Diese Uebernahme muß von der Bewährung im Amte selbst abhängig gemacht werden.

Diejenigen Personen, die sich nach vorstehender Darlegung Aussicht auf Zulassung zu dem Lehrgang versprechen, haben ein selbstgefertigtes Gesuch um Teilnahme an dem Sonderlehrgang an den Reichsminister der Finanzen, Verwaltungsabteilung, Berlin, Wilhelm-Platz 1, bis spätestens zum 17. Oktober 1919 einzureichen. Das Gesuch hat den Vor- und den Zunamen, das Lebensalter und den Wohnort, die Vorbildung, die derzeitige Stellung oder Beschäftigung, Gründe für eine etwa bestehende gegenwärtige Stellungslosigkeit und sonstige besondere Angaben in vorstehender Reihenfolge zu enthalten, außerdem eine Angabe darüber, an welchem Ort der Bewerber an dem Lehrgang teilnehmen will. Der Bewerbung sind Lebenslauf, Abschriften vorhandener Zeugnisse sowie sonstiger, die bisherige Beschäftigung ausweisenden Papiere als Anlagen beizufügen.

Etwa schon früher eingereichte Bewerbungsgesuche sind auf Grund dieser Bekanntmachung zu wiederholen.

Der Reichsminister der Finanzen wird den zugelassenen Bewerbern eine schriftliche Bescheinigung über die Zulassung erteilen.

Für die Teilnahme an dem Lehrgang werden von den Teilnehmern Gebühren nach Art und Höhe der sonst an Hochschulen üblichen Geldleistungen erhoben werden. Denjenigen Teilnehmern, deren Vermögensverhältnisse es geboten erscheinen lassen, werden diese Gebühren gestundet oder auf Antrag erlassen werden.

Im übrigen werden Einzelwünsche, die in den besonders geartneten materiellen Verhältnissen eines Teilnehmers, z. B. in der Unmöglichkeit einer auch nur vorübergehenden Verlegung seines Wohnsitzes, ihre Begründung haben, nach Möglichkeit durch Gewährung von Beihilfen in weitgehendem Maße Berücksichtigung finden. 154/11

Bitte, probieren Sie unsere ganz erstklassige

Brasil-Zigarre „Skat"

würzige, kräftige Qualität, Kiste mit 100 Stück M. 125.— Garantie Zurücknahme.

Ernst Wenke & Co.
Zigarrenfabrik gegr. 1893
BREMEN 270.

Krause-Pianos
Großes Lager in allen Holzarten
Berlin W 50, Ansbacher Str. 1.

Platin, Gold, Silber,
höchste Tagespreise.
Alte Gebisse bis 1000 M.
Platinzähne „ 45 „
kauft
E. Hausdorf,
NO 18, Polizeistr. 11, v. II.

Bettnässen

Das bekannt vorzügliche und in seiner Wirkung hervorragende Mittel gegen dieses so lästige Leiden sind die bekannten

Pastillen gegen Bettnässen

a Schachtel 4 M. p. Nachnahme. Erfolg d. Dankschreib. nachgem. Echt nur durch **Löwen-Apotheke, Regensburg C 108** zu beziehen. 188/7*

Elektromotore
Gleichstrom : : Drehstrom
kauft [*
Ingenieurbureau Schilchting
Berlin W 9, Linkstr. 18.
Tel. Lützow 3705 und 8518.

Ziehung 21. und 22. Oktober.

Wohlfahrts-Vereinslotterie
100000 Lose Gesamtw. d. Gew. M.: 3667 Gew.
100 000
Hauptgewinn **50 000**
Lose zu 3,00 M. Porto und Liste 50 Pfennig extra
10 Lose in feiner Banknotentasche 30 M.

Ziehung 24.—27. Oktober.

Rote + Lotterie
250000 Lose Gesamtw. d. Gew. M. 10690 Gew.
220 000
Hauptgewinn **60 000**
Lose zu 3.00 M. Porto und Liste 50 Pfennig extra
10 Lose in feiner Banknotentasche 30 M.

Eine feine Brieftasche mit 4 Wohlfahrts- und 2 Rote + Losen 19 M. einschließlich Porto und 2 Listen.

Zigarren aus reinem Tabak

in allen Preislagen von **60** Pf. an.

Zigarillos. Reiner Rauchtabak lose und in Paketen.
Echte Holländer Zigarren von 90 Pf. an.

Gustav Haase Nchfg. (Inh. K. Schwarz),
Berlin, Neue Königstr. 88 u. Neanderstr. 38

Von der Reise zurück
San.-Rat Dr. Wolffheim,
Reinickendorfer Straße 73.

Stellung

sucht ein auf allen Gebieten d. polit. u. wirtschaftl. Lebens erfahrener, rede- und schriftgewandter, sowie mit den Gesetzen vertrauter Genosse, auch tüchtiger Organisator als: Rechercheur, Berichterstatter, Redakteur, Arbeitersekretär od. sonst verantwortl. Posten. Gefl. Off. an die Exp. d. „Vorwärts" u. B. 38 erb. 938D

Für die in Bromberg täglich erscheinende Parteizeitung wird zum möglichst baldig. Antritt ein

politischer Redakteur

gesucht. Bewerber, welche der polnischen Sprache mächtig, erhalten den Vorzug. Zuschriften mit Angabe der Gehaltsansprüche und des frühesten Antrittstermins sind zu richten an **R. Zittlau, Bromberg,** Talstraße 2. 230/12

Die Stelle des

Leiters

der sozialpolitischen Abteilung (Sekretärs)

ist sofort zu besetzen.

Diensteinkommen 3000 M. Grundgehalt, in zweijährigen Zwischenräumen dreimal 400 M. und viermal 300 M. Alterszulage, 800 M. Wohnungsgeld (Ledige ⅔ davon), 1200 M. Kriegsteuerungszulage (Ledige 70 Proz. davon), Kriegsbeihilfe je nach dem Familienstand und vorläufig bis zum Schlusse d. Js. 900 M. Kriegsteuerungszulagezuschlag.

Geeignete Persönlichkeiten werden ersucht, Bewerbungsgesuche mit einer Darlegung ihres Vorbildungsganges und Zeugnisabschriften sogleich einzureichen. 936D

Gemeindevorsteher
in Rohlsdorf bei Berlin.

Gesucht

Fräulein als Kontrolleuse auf Bügelabteilung einer Hemdenfabrik in Holland. Erfordernisse: Bekanntheit mit mechanischer Hemdenbügeleinrichtung und Imstande, gut mit Personal umzugehen. Diejenigen, welche schon an der Spitze einer derartigen Einrichtung gestanden haben, genießen den Vorzug. Briefe mit Angabe vorheriger Stellen und weitere Auskünfte, Ansprüche betr. Salär usw. unter Chiffre **W. H. R. an Nijgh & van Ditmar's Ann.-Expedition,** Rotterdam, Holland. 184/13

Gut eingerichtete 943D
Dreherei
in Berlin (5 Drehbänke, 2 Fräsmaschinen usw.) sucht strebsamen Meister, der auch für Aufträge sorgt. Angebote unter V. 37 an die Hauptexp. d. „Vorwärts".

Betriebs-Zimmermann

für Packkisten, Regale und dergl. gesucht, der auch gelegentlich andere saubere Arbeiten (z. B. Modelländerungen, Bureaukästen) ausführen kann. Ausführliche Angebote mit Lohnansprüchen, Eintrittstermin usw. unter Z. 37 an die Exp. d. Blattes. 941D

Suche für mein Bureau
zuverlässiges u. gewissenhaftes **Fräulein**
für Stenographie und Schreibmaschine sowie leichte Bureauarbeiten. Sofortigen Antritt. Genaue Einzelheiten mit Gehaltsangaben unter A. 38 an die Expedition dieses Blattes. 940D

Zuschneiderin
auf Damenmäntel suchen 14/16
Alex Roth & Goldschmidt,
Spittelmarkt 4/7.

Politischer Redakteur.

Für die „Volksstimme", Wiesbaden, wird zum möglichst baldigen Eintritt 220/13

ein erster politischer Redakteur

gesucht. Erste Kraft, welche bereits längere praktische Tätigkeit aufweisen kann, bevorzugt.

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen bis zum 15. Oktober an den **Vorsitzenden der Preßkommission**

Eugen Dengel, Wiesbaden, Westendstr. 26.

---

558 **Gelernte, zuverlässige**
Schiffszimmerleute und Bootsbauer
für Fischereifahrzeuge und Luxusbootsbau

zum sofortigen Antritt gesucht. Dauerstellung. Einstellung erfolgt auf Grund der Tarifbestimmungen zu günstigen Bedingungen. Unterkunftsmöglichkeit gesichert. Meldungen erbeten an

Pommern-Werft G. m. b. H., Swinemünde, Grüne Fläche

Ein mit dem **Spritzverfahren** vertrauter

Lackierermeister

wird von einer **Schreibmaschinenfabrik** Mitteldeutschlands zum möglichst sofortigen Antritt gesucht. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche unter Beifügung von Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Photographie unter **J. R. 5840** an **Rudolf Mosse, Berlin SW 19.** 14/3*

Bandwalzer.

Zur Reorganisation und Ueberwachung eines bestehenden Metallbandwalzwerks wird für baldigst ein mit der Herstellung von sog. endlosen Bändern durchaus vertrauter Vorarbeiter als

Meister

gesucht. — Offerten mit genauen Angaben über bisherige Tätigkeit, Referenzen und Gehaltsansprüchen unter Hp N 5012 an Rudolf Mosse, Neukölln, Hermannplatz. 14/18*

Bestecksfabrik,

die als Spezialität Alpaka-Bestecke in großzügiger Weise herstellen will, sucht einen mit dieser Fabrikation vertrauten

Werkmeister,

der imstande ist, den Betrieb selbständig einzurichten und zu leiten. — Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen usw. befördert unter Hp O 5013 Rudolf Mosse, Neukölln, Hermannplatz. 14/19*

Für den größten bisher dagewesenen, äußerst leicht verkäuflichen Millionen-Massenartikel an allen Plätzen tüchtige

Wiederverkäufer gesucht

bei 1000 M. Monatseinkommen. Eine Erfindung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. Unentbehrlich für jeden Haushalt. In Berlin in ganz kurzer Zeit 100 000 Stück verkauft. Ein Originalmuster in schöner Aufmachung für 1,50 M. Voreinsendung auf mein Postscheckkonto Nr. 30616 Köln, gegen Nachnahme 35 Pf. mehr. 134/12

O. Menzel, Essen 6, Kaulbachstr. 59.

Einrichter

für kleinere Spiralbohrerfräsmaschinen sowie 15/2

erfahrener Härter
sofort gesucht.

Angebote mit Angabe bisheriger Tätigkeit, Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen zu richten an

Schulz & Braun,
Spiralbohrerfabrik, Schierstein a. Rhein.

Wir stellen sofort
50 Tischler
ein. Bewerbungen m. Altersangabe an die 12/T*
Luft-Fahrzeug-Gesellschaft
m. b. H.,
Werft Stralsund.

Jackenarbeiter
selbständige, erste Kräfte, für dauernde Beschäftigung verlangen sofort
Salm-Spiegel,
Lennéstraße 5. 20/8*

Jackenarbeiterinnen
selbständige, erste Kräfte, für dauernde Beschäftigung verlangen sofort
Salm-Spiegel,
Lennéstraße 5. 20/9

Goldleistenarbeiter!

Ein tüchtiger **Vergolder** und ein **Polierarbeiter** werden bei gut. Lohn gesucht. 18/14*

Chr. Jeppesen,
Goldleistenfabrik,
Charlottenburg 2, Rosenhagen 6.

Großbank
sucht zum baldmöglichsten Antritt einen 922D*
versierten Effektenbeamten.
Gef. Angebote unter Beifügung v. Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche erbeten unter **M. 37** an d. Hauptexped. d. Vorwärts.

Blusennäherinnen
für elektrischen Betrieb bei hohem Lohn. Arbeitszeit 9—4 Uhr, verlangen 70/12
Fraul & Bernstein,
Scharrenstr. 11/13, Aufg. C.

Musternäherinnen
für Blusen und Kleider
im Hause
bei hohem Lohn.
Arbeitszeit 9—4 Uhr.
Frank & Bernstein
Scharrenstr. 11/13.

Zu den bedeutend erhöhten Preisen

kaufe jede Menge: Platin! Gold! Silber! Münzen! salpeters. Silber! Quecksilber! Stanniolpapier! **Kupfer!** Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Lötzinn! Zink! Blei! Pinselkapseln! Glühstrumpfasche! **!! Zahngebisse !!** Zahn bis 25,— Mk.

Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei,
Weberstr. 31 (Alexander 4243). 790D*

Spezial-Abteilung
Uniformenfärben, in **Zivil**umarbeiten
in schwarz, braun, blau, grün, in 6 Tagen sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten
von Herren- und Damengarderoben in 3 Tagen.
Stoffneuheiten. Stoffausstellung.

Außerdem wird jeder Artikel in 6 Tagen gefärbt und in 24 Stunden chemisch gereinigt. Abholung und Zustellung kostenlos.
Original-Englische Stoff-Ausmahl.
Trauersachen in 48 Stunden.

Basch & Buczkowski, Friedrichstraße 63 I.

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur gefälligen zwanglosen Besichtigung in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 166 nahe Rosenthaler Platz bei
Möbel-Lechner, Haupteingang Brunnenstraße 7
Geöffnet von 8—6

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115. (Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach., Gesuche, Verträge, Ermittelungen. — Beobachtungen. Tel. Lützow 2494.

Dr. med. Hollaender
Spezialarzt
Aufklärende Broschüre Nr. X.
1,50 M. gegen Nachnahme.
Berlin, Leipziger Str. 106 } täglich 11—1, 5—7 Uhr,
Hamburg, Kolonnaden 26 } Sonntags 11—1 Uhr.

Möbel B. FEDER Möbel
sehr preiswert in grosser Auswahl
Vornehme Wohnungs-Einrichtungen
in jeder Holz- u. Stilart
Brunnenstrasse 1
Frankfurter Allee 358
Kottbuser Damm 103
Charl., Scharrenstr. 5

Achtung!
Platin Gramm b. 80
frdl. Gold, Silber, Zahngebisse, Brillanten, sow. unmodern gewordener Schmuck verkauft man am besten z. den höchsten Kurs- u. Tagespreisen bei
Kokoski, Berlin N 54,
Brunnenstr. 168
Amt Humb. 3450

Platin
Gramm bis
80 Mark
kauft **Metallkontor,** Alte Jakobstr. 138.
Fernspr.: Moritzplatz 12858.

C. A. HERPICH SÖHNE
BERLIN W 66, Leipziger St. 9-11

Abteilung
Konservierung

Rückgabe der Konservierungs-Gegenstände werktäglich von 9–5 Uhr

Rücksendungen erfolgen schnellstens, jedoch benötigen wir bei starker Anhäufung der Aufträge eine Frist von 8–14 Tagen.

Max Ziegenhals
Rauch-, Kau- und Schnupftabake
Zigarren, Zigaretten en gros.
wohnt jetzt: **Berlin C., Poststraße 12**
Fernsprecher: Zentrum 8190 und 2077.

Platina zu wirklich höchsten Preisen.
Zahnplatinstifte 3 M. bis 40 Mark
140/44 **Alte Gebisse bis 1000 Mark**
Silber, Gold kauft Frau Linke, Blücherstr. 40, v. II

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"

werden eingestellt in folgenden Filialen:

Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. — Prinzenstr. 31, Hof part. — Pritze, Steglitzer Straße 37, Laden. — Markusstr. 36. — Dölz, Immanuelkirchstr. 24. — Melle, Petersburger Platz 4. — Zinke, Lindenstr. 3, Laden. — Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. — Lausitzer Platz 14/15.
Schöneberg: Belziger Straße 27.
Charlottenburg: Sesenheimer Straße 1.
Steglitz: Zieseldecker, Schildhornstr. 11.
Hohenschönhausen: P. Schulz, Wriezener Str. 17 part., abends 5—7 Uhr.

Geschäftepolitik?

Während die Aufforderung der Entente an Deutschland, sich an der russischen Blockade zu beteiligen, ziemlich allgemein auf Ablehnung stößt, spricht sich das „Berliner Tageblatt" erstaunlicherweise gegen ein glattes „Nein" aus. In einem Artikel „Was müssen wir tun" wird gesagt:

Ein Nein ist noch keine Politik (!) und wir wiederholen, daß die deutsche Regierung in der Aussprache über Rußland, die jetzt von der Entente veranlaßt ist, Gelegenheit finden müßte, ein eigenes russisches Programm vorzulegen und die Frage aufzuwerfen, ob nicht **eine Verständigung, zunächst über die wirtschaftliche Neuerschließung Rußlands,** zwischen der Entente und Deutschland erzielt werden könnte. . . . Es liegt im Interesse der Entente, die eine künftige Verständigung zwischen Deutschland und Rußland fürchtet, daß Deutschland sich nicht absondert, und es liegt in unserem Interesse, daß wir bei der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Rußlands nicht abgesondert werden.

Diese Ausführungen stehen in ziemlich auffälligem Gegensatz zu der Haltung, die das gleiche Blatt während der Unterzeichnungskrise einnahm, und haben einen stark kapitalistischen Beigeschmack. Das ganze läuft auf ein gemeinschaftliches Schiebergeschäft (die Worte „wirtschaftliche Erschließung" usw. sind natürlich gleich „wirtschaftliche Ausbeutung" zu lesen) mit der Entente heraus. Die Frage ist aber, ob diese ernsthaft daran denkt, den deutschen Kapitalismus als Partner bei ihrem russischen Geschäft zuzulassen. Wir glauben es nicht; das englische Kapital wird sich schwer hüten, der deutschen Konkurrenz Konzessionen zu machen; hat der deutsche Mohr seine Schuldigkeit getan, dann kann er gehen, und in diesem Falle könnte man mit dem Hereingefallenen nicht einmal Mitleid haben.

Die bescheidenen Unabhängigen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Köln haben die Unabhängigen noch nicht ein Fünftel der Stimmenzahl unserer Partei erreicht. Dieses Ergebnis genügt der „Freiheit" (Nr. 490), um von einem glänzenden Wahlergebnis der Unabhängigen und von einer wahren Katastrophe für die „Rechtssozialisten" zu schreiben.

Für diese Phantasien hat das Blatt nur die Grundlage, daß die „Unabhängigen" allein ihre Stimmenzahl steigern konnten, während alle anderen Parteien Stimmenverlust erlitten, da die Wahlbeteiligung nur 50 Proz. betrug. Die Steigerung der „unabhängigen" Stimmen erklärt sich aus der Tatsache, daß diese Partei bei den Januarwahlen weder eine Presse noch eine einigermaßen funktionierende Organisation besaß. Jetzt hat sie beides. Sie hat sowohl journalistisch wie organisatorisch und nicht zuletzt auch durch viele Plakate den Wahlkampf mit mindestens so großen Mitteln geführt wie die anderen Parteien. Sie war auch die einzige Partei, die einen Stab auswärtiger Redner aufmarschieren ließ.

Das demokratische „Kölner Tageblatt" hat vollkommen recht, wenn es der U. S. P. D. bestätigt, daß das Wahlergebnis in keinem Verhältnis zu dem Aufwand stehe. Die bürgerliche Presse hatte der U. S. P. D. bis zu 20 Sitze zugesprochen. Die Vertrauensleute der „Unabhängigen" rechneten mit 15 Sitzen. Erreicht haben sie glücklich 7, während die Mehrheitssozialisten mit 43 Sitzen in das Rathaus einziehen.

So sehen die glänzenden Wahlergebnisse der Unabhängigen und so sehen rechtssozialistische „Katastrophen" aus.

Kleine politische Nachrichten.

Kein Versammlungsverbot. Entgegen anderslautenden Pressenachrichten wird amtlich mitgeteilt, daß die von der Parteileitung der U. S. P. für Dienstag abend in Berlin einberufenen 80 Protestversammlungen gegen den Belagerungszustand stattfinden dürfen. Recht so!

Die schwarzen Listen hat der Oberste Rat endgültig aufgehoben. Die Ein- und Ausfuhrbeschränkungen bleiben natürlich bestehen.

Adolf Hoffmann verteidigte im preußischen Haushaltsausschuß seine Tätigkeit als Minister in dreistündiger Anti-Haenischrede. Getretener Quark wird breit, nicht lang.

Auf Entschuldungssummen verzichtet haben auch die Reichsminister.

Wirtschaft.

Der Verkehr mit Hafer.

Das Verbot des Ausdrusches von Hafer endet mit dem 15. Oktober. Eine Verlängerung des Verbots ist nicht beabsichtigt. Dagegen werden die Kommunalverbände angewiesen werden, zur Sicherung der Ablieferung der ausgeschriebenen Pflichtmengen die zur Unterstützung des Druschverbotes bereits erlassenen Ausfuhrverbote für Hafer zu verlängern oder neue Ausfuhrverbote zu erlassen, soweit solche bisher noch nicht bestehen. Diese Ausfuhrverbote werden erst aufgehoben werden, wenn der einzelne Kommunalverband einen erheblichen Prozentsatz der auf ihn entfallenden Haferumlage — mindestens die Hälfte — erfüllt haben wird. Die Kommunalverbände sind angewiesen worden, gegen diejenigen Landwirte, die bis zum 1. Dezember nicht 25 Proz. und bis zum 1. Januar 50 Proz. der Haferumlage abgeliefert haben, sofort mit den Enteignungs- und Strafvorschriften der Reichsgetreideordnung vorzugehen.

Ausnahmen von den Ausfuhr- oder Transportverboten werden von den Kommunalverbänden allgemein zugelassen werden für Lieferungen an die Reichsgetreidestelle, für andere Lieferungen nur, wenn der Absender die auf ihn entfallende Pflichtmenge an Hafer erfüllt hat. Weitere Ausnahmen dürfen nur mit Zustimmung der Reichsgetreidestelle in dringenden Fällen zur Verhütung von Futternot in landwirtschaftlichen oder anderen volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben genehmigt werden.

Ententekapital auf dem deutschen Grundstücksmarkt.

Die „friedliche Durchdringung" Deutschlands, das immer mehr zum Tummelplatz des internationalen, vornehmlich aber des Ententekapitals wird, greift in letzter Zeit stark um sich. Zu den bereits bekannt gewordenen Bank- und Handelsniederlassungen der Franzosen und Engländer im besetzten Gebiet, zu den Hotel- und Grundstückskäufen der Franzosen in Wiesbaden gesellen sich jetzt, wie die P. P. N. aus bester Quelle erfahren, weiter großzügige Grundstückstransaktionen französischer Kapitalisten in einer großen Anzahl deutscher Badeorte. So werden aus Baden-Baden, Homburg, Wiesbaden weitere umfangreiche Grundstückskäufe seitens der Franzosen gemeldet, welche die Gefahr näherrücken lassen, daß diese alten berühmten Heilstätten mehr und mehr in französische Hände übergehen.

Der zweite Geiselmordprozeß.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er nicht selbst die Aufstellung der beiden Weißgardisten an der Mauer vorgenommen habe, erwiderte Angeklagter Kammerstätter: Nein, sie sind auf Bedrängen der Rotgardisten selbst an die Mauer getreten und haben sich mit dem Gesicht nach der Wand gekehrt. Er bestreitet, die beiden Husaren an die Mauer gestellt und sie aufgefordert zu haben, sich zur Mauer zu wenden. Er habe auch nicht mitgeschossen. Die Rotgardisten waren so sehr erregt und schrien: „Nieder mit den Noskehunden!", auch schimpften Sie auf die Saupreußen. Man rief auch:

„Nur gleich an die Wand mit ihnen."

Er behauptet, eine ganze Reihe von Zeugen benennen zu können, daß er die Leute weder an die Wand gestellt, noch mitgeschossen habe. — Vors.: „Aber zwischen dem Militär und den Leuten im Gymnasium bestand doch wohl ein Unterschied?" — Angekl.: „Das ist schon wahr." — Vors.: „Warum sind Sie überhaupt auf dem Hof geblieben?" — Angekl.: „Ich habe nur zugeschaut." — Vors.: „Wohin sind Sie dann gegangen?" — Angekl.: „Zum Kommandanten Seidl hinauf. Ich sagte ihm, jetzt sind die beiden Weißgardisten erschossen." — Vors.: „Was sagte Seidl darauf?" — Angekl.: „Er sagte:

„Ist schon recht!"

(Bewegung.) — Vors.: „Wissen Sie, ob Levien, Axelrod und Levine-Rissen dabei waren?" — Angekl.: „Nein, ich hörte nur, daß sie fragten, warum die Weißgardisten erschossen seien. Seidl erwiderte ihnen, daß sie bei der Vernehmung ausgesagt hätten, es seien Kopfprämien auf die Erschießung von Rotgardisten zugesichert worden, und daß Eglhofer die Ermächtigung zur Erschießung erteilt habe. — Vors.: „Sie sollen zu den Russen gesagt haben: „Seid doch so gut und tut den Beiden die Papiere heraus. Ich habe mitgeschossen, aber jetzt graut mir. Holt Ihr sie doch." — Angekl. sehr erregt: „Das ist eine Gemeinheit, so etwas habe ich niemals gesagt." — Vors.: „Mäßigen Sie sich nur; es werden noch weitere Zeugen kommen, die Sie belasten." — Der Angeklagte erzählte dann, daß er abermals mit Seidl im Auto fortgefahren sei und erst nachmittags um 3 Uhr etwa kam der Befehl zur Erschießung weiterer Geiseln; er sei ins Gymnasium gegangen und habe gesehen, wie gerade drei Geiseln heruntergeführt wurden. Wenige Minuten später krachten die ersten Schüsse. — Vors.: „Woher wußten denn Sie, was mit diesen Leuten geschehen würde?" — Angekl.: „Es war doch vorher davon gesprochen worden, daß weitere Erschießungen erfolgen sollten." Der Angeklagte behauptet weiter, daß er den Hotelier Aumüller befreit habe, und daß er von diesem 8 M. für Freibier für die Wachmannschaften erhalten habe. Auch habe er noch drei anderen Geiseln zur Flucht verholfen. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er auch zur Erschießung von Geiseln aufgefordert worden sei, doch erklärt habe: **„Jetzt kann ich das nicht machen, ich habe schon Vormittag mitgemacht."** — Der Angeklagte bleibt auch angesichts der Photographien der Erschossenen dabei, daß er keinen Mord begangen und auch an den Erschießungen aktiv nicht teilgenommen habe. — Staatsanwalt Hoffmann: „Haben Sie der Einlieferung und dem Verhör der Geiseln beigewohnt?" — Angekl.: „Nein. Ich habe bei der Vernehmung der beiden Weißgardisten im Zimmer gesehen, daß Seidl den jungen Husaren ins Gesicht schlug, weil dieser nicht zugeben wollte, daß Kopfprämien auf die Erschießung von Rotgardisten ausgesetzt worden seien, und daß er an der Erschießung Liebknechts und der Luxemburg teilgenommen habe." — Vors.: „Was haben Sie sonst noch bemerkt?" — Angekl.: **„Auch Levien hat dem Kleinen eine hingehauen."** (Bewegung.) — Vors.: „Hatte Seidl einen Revolver in der Hand?" — Angekl.: „Ja, dauernd." — Vors.: „Hat er etwa mit dem vorgehaltenen Revolver das Geständnis erpreßt?" — Angekl.: „Das kann ich nicht sagen."

Der zweite Angeklagte, Kellner Debus, ist am 4. März 1901 geboren. Er kam Anfang Dezember 1918 infolge Arbeitslosigkeit nach München und bezog hier Arbeitslosenunterstützung. Als es hieß, daß diese Unterstützung nur denen gezahlt werde, die in die Rote Armee eintreten, ging er ins Luitpold-Gymnasium, wo er Wäsche und Abzeichen erhielt. Er wurde aber nicht militärisch eingekleidet. Er habe da Wache gestanden. — Vors.: „Sind Sie auch einer Partei beigetreten?" — Angekl.: „Ja, der U. S. P., denn die Zugehörigkeit zur U. S. P. oder K. P. D. war Vorbedingung für den Eintritt in die Rote Armee." Am 30. April hatte der Angeklagte Debus Urlaub. Als er mittags ins Luitpold-Gymnasium ging, um sich die Löhnung zu holen, wurde er zu Schickhofer geschickt. Dieser sagte ihm: „Geh nur zur Wache, da sind Geiseln und Weiße zu erschießen." Schickhofer veranlaßte den Angeklagten, ein Gewehr mitzunehmen, obwohl Debus

gar nicht schießen konnte.

Der Angeklagte gibt weiter an, er habe 5 Rotgardisten und etwa 14 oder 15 Zivilisten im Geiselzimmer getroffen. Der Angeklagte schildert dann, wie der Baron v. Seydlitz und der Prinz von Thurn und Taxis auf den Hof geführt wurden. Der Angeklagte ist dann weggegangen, will aber nicht gewußt haben, was mit den Geiseln geschah, bis er auf den Hof kam und dort die Leichen der Erschossenen gesehen habe. Da sei er ganz baff gewesen und habe in bezug auf die anderen Geiseln gesagt: „Die Leute sind noch gar nicht abgeurteilt." Da hieß es aber:

„Das ist ganz wurst, die werden auch erschossen!"

Herr v. Seydlitz fragte dann, ob er noch etwas schreiben könne. Der Angeklagte habe einen Schreiber geholt und der gab dem Baron Block und Bleistift in die Hand.

Der dritte Angeklagte, Andreas Strelenko, ein Russe, ist in Minsk geboren, hat die Bürgerschule und höhere Lehranstalten besucht und hat Medizin studiert. Deutsch, das er sehr gut versteht und auch recht gut mit bayerischem Einschlag spricht, hat er erst in der Gefangenschaft gelernt. Er sagt aus: Am 28. April kamen revolutionäre Soldaten in das Lager bei Buchheim und haben uns mit Gewalt fortgeführt. Sie erklärten, daß wir erschossen würden, wenn wir nicht mitkämen. Im Luitpold-Gymnasium erhielten wir Gewehre und mußten nur Posten stehen. Als ich am 30. April früh bereits wieder im Zimmer war, kam ein Soldat hereingestürmt und sagte, er brauche Soldaten, damit zwei Weißgardisten erschossen werden könnten. Ich erklärte ihm, ich wolle keine Soldaten erschießen. **Leute, die im Zimmer waren, haben darüber geschimpft, daß man Gefangene erschießen wollte.** Von der Erschießung der Gefangenen habe ich nichts bemerkt; ich bin erst nachmittags um 3 Uhr wieder in das Gymnasium gekommen und habe dort Posten gestanden. Um ¾4 Uhr kam wieder der Soldat — anscheinend war es Schickhofer — und sagte zu mir: „Rufki, geh mit." Darauf sagte ich: Ich habe doch dienstfrei. Er antwortete: „Einen Augenblick nur,

Du wirst schon sehen, was Du zu tun hast."

Wir sind dann hinuntergegangen und er hat mir ein Gewehr gegeben. Darauf gingen wir in den Hof, wo bereits mehrere Soldaten mit Gewehren standen. In diesem Augenblick wurden die beiden Husaren an die Wand gestellt und es wurde laut durcheinander geschrien.

Die anderen haben geschossen

und ich habe mich umgedreht und habe gesagt: „Da tu ich nicht mit." Dann bin ich in mein Zimmer gegangen und später in die Kantine. Dort haben die Soldaten, welche die beiden Weißgardisten erschossen hatten, Wein getrunken und hatten Zigaretten bekommen. — Vors.: „Bei Ihrer Vernehmung auf der Polizei haben Sie doch gesagt, Sie hätten bereits das Gewehr angelegt und gezielt und hätten nur nicht mitgeschossen, weil Sie das deutsche Kommando nicht verstanden hätten." — Angekl.: „Das stimmt nicht." — Vors.: „Der frühere Angeklagte Bittmeyer hat behauptet, daß er Sie mit dem Gewehr im Anschlag gesehen hat. Auch der Kantinenwirt Seidl hat am Tage vor seiner Hinrichtung noch zu Protokoll gegeben, daß er Sie unter den Schützen gesehen habe." — Angekl.: „Als das Schießen angefangen hat, haben viele das Gewehr fortgeworfen und gesagt:

Das ist eine Schweinerei.

Darum habe ich auch mein Gewehr weggeworfen."

Der vierte Angeklagte Greiner ist Mitglied der Kommunistischen Partei. Er ließ sich in die Rote Armee aufnehmen, um seinen Lebensunterhalt zu haben. Am 30. April, nachmittags, sei im Bureau Seidls erklärt worden, die Löhnung werde nicht früher ausgezahlt, ehe nicht die Geiseln erschossen seien. Um 5 Uhr hieß es plötzlich, es sei Alarm. Als er das Bureau verließ, habe er schon schießen gehört. Als er auf den Hof zum Richtplatz kam, habe dort eine Person am Boden gelegen und eine andere wurde gerade herbeigeführt. Er könne mit Bestimmtheit sagen, daß Haußmann das Kommando gegeben habe. Die Behauptung des Kantinenwirts Josef Seidl, daß er mitgeschossen habe, sei nicht richtig. Das habe Seidl auch gar nicht von seinem Fenster aus sehen können. Diese Aussage sei ein Racheakt.

Es beginnt dann die

Zeugenvernehmung,

die sich sehr kurz gestaltet. Der Zeuge Postbote Max Paulus bekundet mit Bestimmtheit, daß **die beiden Weißgardisten von Kammerstätter an die Mauer geführt und dort mit dem Gesicht zur Wand gedreht wurden.** — Der aus dem Zuchthaus Straubing vorgeführte Lermer, der im ersten Prozeß zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, gibt an, daß er mittags Kammerstätter in der Nähe des Holzschuppens, in dem die Leichen der Weißgardisten lagen, getroffen habe. Kammerstätter habe ihm gesagt:

die Zwei habe ich erschießen lassen!

Ob das Großsprecherei war oder nicht, wisse er nicht. — Zeuge Josef Schneider erklärt, daß der Angeklagte ihn gefragt habe, ob er nicht so gut sein wolle, die beiden Regierungssoldaten nach Papieren zu untersuchen. **Er habe sie wohl niederschießen helfen,** aber nun finde er nicht den Mut dazu, den Leichen die Papiere abzunehmen, weil ihm davor grause. Der Zeuge hat den Angeklagten an die Russen verwiesen. Darauf wurde der ebenfalls zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Johann Hannes vorgeführt. Er bestätigt, daß er am Nachmittag des 30. April zusammen mit Greiner das Gymnasium verlassen habe. Ob Greiner an der Erschießung beteiligt gewesen sei, wisse er nicht. Hannes gibt zu, daß er zu einem Schutzmann gesagt habe, Josef Seidl habe ihm erzählt, Greiner sei an der Erschießung beteiligt gewesen. — Der Zeuge Neubauer gibt an, daß Greiner die Geiselerschießung als Gemeinheit bezeichnet habe und ebenso bei dem scharfen Vorgehen gegen die Weißgardisten erklärt habe:

das verdanken wir den Schlawaken im Luitpold-Gymnasium.

Zum Schluß der Beweisaufnahme wird die Aussage des Kantinenwirts Josef Seidl verlesen, die er am Tage vor seiner Hinrichtung gemacht hat. Seidl erklärt, daß er mit eigenen Augen gesehen, daß Greiner mit seinem Gewehr auf die Geiseln zielte; ob er selbst geschossen habe, wisse er nicht, aber bei vier bis fünf Geiseln habe Greiner sicher mitgewirkt. Er habe das vom Fenster seiner Kantine aus sehen können.

Die Plaidoyers.

Es erhält darauf zur Vertretung der Anklage Staatsanwalt Dr. Rugler das Wort. Er hält es für erwiesen, daß Kammerstätter an der Erschießung der Weißgardisten teilgenommen habe. Der Angeklagte sei deshalb des Mordes schuldig. Kammerstätter habe die Erschießung nicht abwarten können. Was Kammerstätter eingestanden habe, sei schon allein für den Mord genügend. Dazu komme noch, daß er sich der Tat rühmte. Er sei der typische Mörder. Greiner habe nachweislich während des ersten Prozesses den Staub Münchens von seinen Füßen geschüttelt. Ueberzeugte Vertreter ihrer Ideen suche man vergeblich unter den Angeklagten. Sie haben alle nur ihren Vorteil gesucht. Der Staatsanwalt hält die Anklage des Mordes auch gegen Greiner aufrecht. Sehr scharf wendet sich der Staatsanwalt gegen den Russen Strelenko. Strelenko habe sich schuldig gemacht, weil er am Nachmittag freiwillig mitgegangen sei. Debus hält der Staatsanwalt der Beihilfe für schuldig, und zwar müsse gegen ihn auf die Höchststrafe erkannt werden.

Der Staatsanwalt beantragt, Kammerstätter, Greiner und Strelenko wegen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Debus wegen Beihilfe zum Morde zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust zu verurteilen.

Während der Ausführungen des Verteidigers der vier Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Sauter, bekommt der Angeklagte Greiner einen Krampfanfall. Er fällt von der Anklagebank herunter und schlägt lang zu Boden. Nach kurzer Zeit hat er sich aber wieder erholt. Greiner leidet an Krampfanfällen. Der Verteidiger ist der Meinung, daß die ganze Anklage sich nicht begründen lasse. Der Kronzeuge sei der hingerichtete Seidl, der entweder unschuldig hingerichtet sei oder noch angesichts des Todes gelogen hätte. Die Anklage gegen Greiner stützt sich lediglich auf diese Aussage. Es sei aber nachweisbar, daß Seidl die Unwahrheit gesagt habe; Seidl habe offenbar aus Rache gehandelt. Auf solche Zeugenaussage könne ein Todesurteil nicht aufgebaut werden. Greiner habe sich zu einer Zeit, als die Vorgänge im Luitpold-Gymnasium noch als etwas Rühmenswertes galten, über dieselben abschreckend und aufgeregt geäußert. Die scharfen Worte des Staatsanwalts gegen den Russen Strelenko sind auf das Konto der öffentlichen Meinung zurückzuführen, die vielleicht solche harten Worte verlange. Es habe geklungen, als ob der Staatsanwalt Strelenko am liebsten erschossen sehen möchte, bloß weil er Russe ist. Man müsse mit diesem Manne Mitleid haben, denn er sei fünf Jahre von seinen Angehörigen in Gefangenschaft ferngehalten worden. (Der Angeklagte Strelenko bricht in lautes Weinen aus.) Gegen Strelenko sei nur wenig bewiesen; nur ein absurder Polizeibericht liege vor, nach welchem Strelenko selbst erklärt haben soll, daß er das Gewehr angelegt habe. Vor Richtern und als Zeuge habe der Angeklagte immer gesagt, daß er das Gewehr an der Seite gehabt habe. Es könne vielleicht bei diesem Polizeibericht ein falscher Ausdruck infolge der mangelhaften Sprachkenntnisse des Angeklagten vorliegen. Diese Momente können aber nicht zur Verurteilung führen. Die Leidenschaftlichkeit der Anklagebehörde mute dem Gericht einen Rechtsbruch zu. Es könne vielleicht Kammerstätter wegen Beihilfe zum Morde verurteilt werden, die übrigen müßten aber freigesprochen werden. Wenn der politische Kurs nach links geht, dann werden vielleicht die Leute, die heute als Verbrecher verurteilt werden, als politische Märtyrer gefeiert werden. Wohin werden wir kommen, wenn jeder politische Umschwung begleitet ist von Bluttaten auf der einen und Todesurteilen auf der anderen Seite. Das Gericht müsse zur Beruhigung beitragen, indem es nicht weiteren Zündstoff in die Massen wirft.

Es erhielten dann noch die Angeklagten das Schlußwort. Sie versichern sämtlich, daß sie die Taten nicht begangen haben und bitten um Freisprechung, teilweise um mildernde Umstände. Die Angeklagten Debus und Strelenko sprechen dabei unter Tränen.

Der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Aull, setzt darauf die Urteilsverkündung auf Dienstag nachmittag 2½ Uhr an.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Metallarbeiter.

Vorpostengefechte.

(Eigener Drahtbericht.)

Stuttgart, 13. Oktober.

Unter starker Beteiligung wurde um 10 Uhr die Tagung der 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes eröffnet. Erschienen sind 829 Delegierte und ein großer Teil von Gästen aus den neutralen Ländern. An der Spitze marschiert Dänemark mit drei Delegierten, Holland, Oesterreich, Ungarn und Norwegen haben je zwei Delegierte entsandt, Schweden und die Schweiz je einen. Vom Deutschen Gewerkschaftsbund ist Legien erschienen. Außerdem haben Vertreter entsandt: der Verband der Maschinisten und Heizer und der Verband der Kupferschmiede.

Nach der Begrüßung der Versammlung durch einen Vertreter der Stuttgarter Metallarbeiter eröffnete der Verbandsvorsitzende Schlicke die Tagung. Er weist auf die Geschehnisse seit der Kölner Generalversammlung und die ungeheure Bedeutung des Verbandstages hin. „Teilen wir uns nicht, damit nicht andere herrschen!" ruft er den Delegierten zu.

Hatte die Opposition schon während dieser Rede ihr Dasein bekundet, so trat sie bei der Wahl zur Mandatsprüfungskommission zum Kampfe an. Dißmann-Frankfurt a. M. und Haas-Köln kreuzten als erste die Waffen. Alle Versuche, die Haas als Führer der Minderheit machte, um eine Verständigung anzubahnen, waren fruchtlos. Dißmann wollte die ganze Fülle seiner jungen Macht ausnutzen, er wollte nichts wissen von Parität und konnte seinen Antrag, der Minderheit nur drei Sitze in der Mandatsprüfungskommission zu bewilligen, zum Siege führen. Damit wurde jede Verständigungsmöglichkeit ausgeschlossen, und Haas erklärte im Namen seiner „Fraktion", in der Kommission nicht mitarbeiten zu können. So konnte Dißmann neun seiner Freunde in die Kommission entsenden.

Viel, sehr viel Wasser goß der Vertreter des Zentralverbandes der Eisen- und Metallindustrie Ungarns in den Wein der Mehrheit des Kongresses. Er sprach von unmöglichen Lohnforderungen der Arbeiter, von willkürlichen Sozialisierungen und sogenannten „Genossen", die aus Rußland kommen und die Funktionäre der sogenannten Kommunisten bestechen. Die Mehrheit, die bei den Begrüßungsansprachen der anderen Vertreter des Auslandes oft ihr Bravo! und Sehr richtig! dazwischenwarf, saß mit eisigem Schweigen da, als Miakits den schweren Kampf des ungarischen Proletariats gegen den Ententekapitalismus, für den die Räterepublik den Boden bereitete, schilderte. Erst als er Bela Khun und Genossen politische Abenteurer nannte, die Ungarn zugrunde gerichtet haben, wird es bei der Opposition unruhig. Diese Schilderung über die „übereilte Revolutionstätigkeit" dieser ungarischen Gesinnungsgenossen bringt die Dißmann und Genossen in große Verlegenheit, darum rufen sie: „Wie bei uns!" — „Macht Noske auch so!" Aber sie können den Eindruck, den diese Rede hervorruft, nicht verwischen. Das blöde Nachäffen der russischen Methode hat Ungarn und seine Arbeiterschaft ins Elend gebracht.

Mit einem begeisterten Gelöbnis zum Deutschtum schließt Domes-Wien als Vertreter der österreichischen Metallarbeiter den Ring der Begrüßungsansprachen.

Der Metallarbeiterstreik.

Bis zur Stunde ist keine wesentliche Veränderung der Lage des Streiks eingetreten. Die Zahl der Betriebe, die die Forderung der Arbeiter bewilligt haben, hat sich auf 86 Firmen erhöht. In einzelnen Betrieben ist eine Verschärfung des Kampfes zu verzeichnen, so daß sich die Gesamtzahl der bestreikten Betriebe wiederum vermehrt hat.

*

Die Streikleitung gibt folgenden Situationsbericht: Die Gemeindevertretung Wildau verlangt, daß das Maschinenpersonal, 5 Mann, für Licht-, Klär- und Pumpanlagen freigegeben wird, um die Versorgung für die in Frage kommende Arbeiterbevölkerung Wildaus mit Wasser und Licht aufrechtzuerhalten. Der Streikleitung bleibt das Recht vorbehalten, eine Kontrolle darüber auszuüben, daß kein Strom zu anderen Zwecken entnommen wird.

Im Siemens-Werner-Werk hatten die Fabrikmaurer bei Einzug der Reichswehrtruppen ins Werk ihre Arbeit verlassen. Dieselben sollen nun die Einmauerung der Kessel vornehmen; da die Inbetriebsetzung dieser Kessel 4 bis 6 Wochen erfordert, wird den Maurern die Erlaubnis zum Arbeiten gegeben.

Es erscheint eine Kommission der Straßenbahner. Sie erklärt, daß ihr Aktionsausschuß zu der Frage des Streiks in der Metallindustrie Stellung genommen hat. Die Aussprache ergibt, daß schnellstens Versammlungen einberufen werden sollen. Das Stimmungsbild im Gesamtlager der Straßenbahner, das für das Eingreifen in die Bewegung der Metallarbeiter ist, ist ein gutes. Dem Aktionsausschuß wird die Durchführung übertragen.

Berichte der bürgerlichen Zeitungen, daß heute morgen sämtliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke der Stadt Berlin militärisch besetzt worden seien, treffen zu. Die in den Zeitungen genannten Gründe: Sabotage an den Maschinen müssen wir als Ausflüchte der ausführenden Organe kennzeichnen. Die gesamten Belegschaften dieser öffentlichen Betriebe nahmen sofort dazu Stellung und erreichten dadurch, daß nach kurzer Zeit die militärische Besatzung zurückgezogen wurde. Ebenso einmütig haben sich die Arbeiter des Verkehrsgewerbes dahingehend ausgesprochen, daß, wenn ihre Betriebe militärisch besetzt würden, sie einmütig die Verantwortung für das Kommende ablehnen müßten.

Die Gewerkschaftskommission der Groß-Berliner Gewerkschaften.
Die Fünfzehner-Kommission.

*

Das gesamte Personal der Verkehrsbetriebe Groß-Berlins nimmt heute, Dienstag, nach Betriebsschluß in Nachtversammlungen Stellung zum Metallarbeiterstreik. Die Versammlungen finden im Bereich der Dienststellen statt.

Der Arbeiterausschuß der Verkehrsbetriebe.

Die Lohnbewegung der städtischen Bureauhilfskräfte.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin gibt über die Lohnbewegung folgende Darstellung:

Die städtischen Bureauhilfskräfte sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Nachdem die Verhandlungen von dem für diese Frage zuständigen gemeindlichen Schlichtungsausschuß, welcher aus vom Magistrat und den Hilfskräften gewählten Mitgliedern (Stadtverordneten) und einem vom Reichsarbeitsminister bestellten unparteiischen Vorsitzenden besteht, sich zerschlagen haben, hat der Ausschuß am 11. Oktober seinen Spruch dahin gefällt, daß die Bezüge der Hilfskräfte vom 1. September ab um 100 M. monatlich erhöht werden. Hierdurch ergeben sich beispielsweise für die verheirateten ungelernten Hilfskräfte Monatseinkommen von 485 M., nach einem Jahr 510 M., nach zwei Jahren 525 M.; Sätze, die über die von den Angestelltenverbänden selbst und sonst in der Privatindustrie gezahlten Beträge erheblich hinausgehen. Der Schiedsspruch ist für beide Teile endgültig und verbindlich. Der Schiedsspruch belastet die Stadt mit einem Mehraufwand von 13 Millionen Mark jährlich. Diese Summe zusammen mit den für die Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter notwendig werdenden 38 Millionen Mark und den für die Aufbesserung der Beamtengehälter erforderlichen Beträgen stellt eine ungeheure Mehrbelastung des Stadtsäckels dar. Der gesamte Aufwand muß durch eine weitere Erhöhung der Preise für Gas, Wasser, Elektrizität usw. und der laufenden Steuern seine Deckung finden. Wenn bei dieser gesamten Lage die Hilfskräfte des Berliner Magistrats, wie verlautet, sich veranlaßt sehen sollten, unter Mißachtung des Spruches des gemeindlichen Schlichtungsausschusses vom 11. Oktober 1919 in den Streik zu treten, so würden sie einmal, da sie an längere Kündigungsfristen gebunden sind, der Stadt gegenüber vertragsbrüchig werden und sich ferner einer gröblichen Verletzung des für das Mitbestimmungsrecht maßgebenden Schiedsspruches vom 30. April 1919 schuldig machen. Vor der Oeffentlichkeit müßte ihnen die volle Verantwortung für einen solchen Schritt zugewiesen werden.

* * *

Vom Magistrat Neukölln erhalten wir über den dort ausgebrochenen Streik der Bureauhilfskräfte folgenden Bericht:

Die Bureauhilfsarbeiter in Neukölln sind gestern in den Ausstand getreten, ohne daß sie dies vorher dem Magistrat mitgeteilt haben. Wegen verschiedener Differenzen hatten der Magistrat sowohl wie die Bureauhilfsarbeiter den Schlichtungsausschuß angerufen, der am Sonnabend einen Schiedsspruch gefällt hat. Die Bureauhilfsarbeiter haben dem Magistrat weder mitgeteilt, ob sie den Schiedsspruch annehmen oder ablehnen, noch irgendeine andere Mitteilung an den Magistrat gelangen lassen, daß sie eine sonstige Grundlage für Verhandlungen wünschen. Der Magistrat kennt daher überhaupt keine unmittelbare Veranlassung zu diesem Streik. Der Magistrat hat beschlossen, eine abwartende Stellung einzunehmen, bis ihm die Bureauhilfsarbeiter überhaupt erst einmal eine Mitteilung über die Gründe des Streiks zugehen lassen.

Im Gegensatz zu dieser Meldung erklärt uns ein Mitglied der Streikleitung, daß gestern morgen 8 Uhr eine Deputation der Angestellten, bestehend aus dem Obmann, dem Mitglied der Zentralkommission und drei Mitgliedern des Angestelltenausschusses, in Abwesenheit des Bürgermeisters Dr. Mann mit dessen Vertreter verhandelt habe. Sie hätten dem Herrn erklärt, daß die Angestellten den Schiedsspruch nicht annehmen könnten, und daß sie gezwungen seien, in den Streik zu treten, wenn nicht sofort Verhandlungen über die strittigen Punkte eingeleitet würden. Der betreffende Vertreter habe der Deputation erklärt, daß er den Herrn Bürgermeister davon in Kenntnis setzen würde.

Weiter ersucht uns die Streikleitung um folgende Richtigstellung zu unserer Notiz über den Streik in Neukölln:

Der Beschluß zu dem am 12. Oktober 1919 erfolgten Ausstand wurde nicht in der am 11. Oktober stattgefundenen Versammlung durch Handaufheben, sondern bereits durch die am Dienstag, den 7. Oktober vorgenommene geheime Urabstimmung innerhalb der einzelnen Betriebe gefaßt.

Tarifverhandlung der Arbeiter in Spritfabriken.

Die in der Spritfabrikation Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter, organisiert im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandten Berufsgruppen, stehen seit dem 26. Mai d. J. in einer Lohnbewegung. Die Geduld der Beteiligten wird auf eine harte Probe gestellt. Daß es noch nicht zu einer Arbeitsniederlegung gekommen ist, können die Arbeitgeber nur dem Umstand verdanken, daß sie sich bereit erklärten, dem abzuschließenden Vertrage vom 1. Juni rückwirkende Kraft zu gewähren.

Die Löhne betragen zurzeit für Arbeiter 80 M. wöchentlich. Einige Gelernte werden etwas besser entlohnt. In einer Verhandlung wurde bezüglich Arbeitszeit, Urlaub, § 616 B.G.B., Bezahlung der Ueberarbeit ein befriedigendes Resultat erzielt. In der Lohnfrage blieben die Arbeitgeber auf ihrem Angebot von 95 M. für ungelernte und 105 M. für gelernte Arbeiter bestehen. Es wurde nun von seiten der Organisation ein Schlichtungsausschuß angerufen, der entschied, daß allen Ungelernten 110 M. und Gelernten 115 M. zu bezahlen sind. Den in drei Schichten tätigen Arbeitern wird die Sonntagsarbeit, die innerhalb der 48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit fällt, mit einem Aufschlag von 25 Proz. zum regulären Stundenlohn vergütet. Die Unternehmer haben die beantragte Verbindlichkeitserklärung durch Nichtbeantwortung abgelehnt und den Schiedsspruch dadurch nicht anerkannt. An dem Demobilmachungskommissar liegt es nun, recht bald sein Urteil der in Frage kommenden Organisation zukommen zu lassen.

Zum Metallarbeiterstreik.

Maffai-Schwartzkopff-Werke, Wildau. Mittwoch, den 15. Oktober, 9 Uhr vormittags, Versammlung.

Schwartzkopffarbeiter B. M. A. G. Wildau. Die Kollegen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband Dienstag, den 14. Oktober, vormittags von 8—1½ Uhr, Streikquittungen unterschreiben im Kasino.

Die Streikleitung.

Zwietusch u. Co. Die Kollegen und Kolleginnen werden aufgefordert, heute, Dienstag, in der Zeit von 9—3 Uhr die Quittungen zu unterschreiben bei Arnswald, Charlottenburger Ufer 64.

Osram-Werk. Die Auszahlung der bis Sonnabend, den 11. Oktober unterschriebenen Quittungen findet am Dienstag, den 14. Oktober im bekannten Streiklokal statt. Nr. 1—1200 von 12—1 Uhr, Nr. 1201—2400 von 1—2 Uhr, Nr. 2401—3696 2—3 Uhr, Nr. 3700—4737 und 6001—6098 3 bis 4 Uhr. Die am Montag unterschriebenen Quittungen und abgegebenen Kontrollkarten werden am Donnerstag, den 16. Oktober, von 10—1 Uhr ausbezahlt. Die Streikleitung.

Siemens u. Halske, Blockwerk. Mittwoch vorm. 10 Uhr Betriebsversammlung im Lokal „Stadtpark", Jungfernheide. Daselbst Auszahlung der Unterstützung.

A. E. G. Glühlampenfabrik. Mittwoch 10 Uhr vorm., Betriebsversammlung im Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 48/49. Die Streikleitung.

Dynamowerk Siemens-Schuckert. Auszahlung am Mittwoch, den 15. Oktober, Abt. 1—20 von 9—11 Uhr, Abt. 30—59 von 11—1 Uhr, Abt. 60—91 und M. B. II 1—3 Uhr. Die Streikleitung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Am Mittwoch, den 15. Oktober, abends 7 Uhr, im Lokal „Deutscher Hof", Luckauer Str. 15, allgemeine Funktionärversammlung. Tagesordnung: Der Kampf in der Metallindustrie. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Ohne Mitgliedsbuch und Funktionärkarte kein Zutritt.

Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mittwoch, den 15. Oktober abends 5 Uhr, Versammlung aller in der Gold- und Silberwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im „Dresdner Garten", Dresdner Straße 45a, Ecke Prinzenstraße. Die Ortsverwaltung.

Steinholzleger und Helfer! Am Mittwoch, den 15. Okt., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 10) Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Neuwahl des Sektionsleiters.

Friseurgehilfen. Bezirksversammlungen vom 15. bis 17. im Monat. Tagesordnung: „Die Antwort der Arbeitgeber."

Verantw. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glaske, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

A. WERTHEIM G. M. B. H.
LEIPZIGERSTRASSE * KÖNIGSTRASSE * ROSENTHALERSTR. * MORITZPLATZ

In großen Sendungen sind eingetroffen:
Schuhwaren
für Damen, Herren und Kinder in verschiedenen Preislagen und Ausführungen, darunter Stiefel für den täglichen Gebrauch, sowie elegantere Ausführungen, Schul- und Strapazierstiefel, Hausschuhe